

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 2. Februar 2015**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **41. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 20.05 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 40. Sitzung des Gemeinderates vom 15.12.2014 liegt  
zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Heinrich Taitl

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Egon Schatzmann

Manfred Wiesinger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schritfführer:**

W.OAR. Inge Maderthaler  
Gudrun Ortner

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 22.01.2015 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Koits gratuliert nachträglich StR. Zaunmüller zu seinem gestrigen Geburtstag (Applaus!) und begrüßt ausdrücklich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dienstausbildungslehrganges des Magistrates der Stadt Wels.

Anfrage GR. DI. Gunter Haydinger gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Peter Koits betreffend Unterbringung von Flüchtlingen in der ehemaligen Frauenklinik (DI-Verf-078-2014)

GR. DI. Haydinger richtete folgende Anfrage an mich:

„In den letzten Wochen konnte man den Medien zahlreiche widersprüchliche Informationen betreffend die Unterbringung von Flüchtlingen in der ehemaligen Frauenklinik entnehmen.“

Die Freiheitliche Fraktion stellt daher fristgerecht folgende Anfragen:

1. Wie viele Flüchtlinge wurden bisher in der ehemaligen Frauenklinik aufgenommen und wie viele werden bis Ende Juni 2015 dort untergebracht?
2. Woher stammen die Flüchtlinge?
3. Wie ist das Geschlechterverhältnis der Flüchtlinge?
4. Wie ist die Altersstruktur der Flüchtlinge?
5. Welcher Religion gehören die Flüchtlinge an?
6. Welchen medizinischen Bedarf haben die einzelnen Flüchtlinge?“

Bgm. Dr. Koits beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Mit Stichtag 23.01.2015 sind 60 Personen in der ehemaligen Frauenklinik untergebracht. Diese Zahl wurde gemeinsam mit dem Land Oberösterreich und der Caritas vereinbart. Weitere Personen können damit nicht mehr aufgenommen werden.
2. Die Menschen kommen vorwiegend aus aktuellen Krisen- und Kriegsgebieten, beispielsweise aus Syrien beziehungsweise aus dem Irak, Georgien, Somalia und Nigeria.
3. Es sind 43 Männer und 17 Frauen untergebracht.

4. Die Menschen sind altersmäßig sehr gemischt, die älteste Person ist 65 und die jüngste gerade einmal 3 Jahre.
5. Wir haben keine Information über die Religionszugehörigkeit der Menschen.
6. Die medizinischen Bedürfnisse sind sehr unterschiedlich. Zum Beispiel sind körperlich beeinträchtigte Personen im Rollstuhl und pflegebedürftige Personen in ihren Familien untergebracht.

#### Mitteilungen des Bürgermeisters

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Errichtung eines Atommüllendlagers; Resolution an die Oö. Landesregierung und an die Österreichische Bundesregierung  
DI-Verf-326-2014

Bgm. Dr. Koits: Zu dieser im Gemeinderat beschlossenen Resolutionen darf ich berichten, dass das Präsidium des Landes mitteilte, dass die konkret angesprochenen Maßnahmen bzw. Forderungen vorrangig in die Zuständigkeit des Bundes fallen und daher eine unmittelbare Handlungsmöglichkeit für die Oö. Landesregierung nicht gegeben ist. Weiters wird auf eine Stellungnahme von Bundeskanzler Faymann verwiesen, nach der die Bundesregierung die Nutzung der Kernenergie und das Festhalten der tschechischen Regierung am Ausbau der Kernenergie bedauert. Die Bundesregierung wird alle zu Gebote stehenden Mittel zur Wahrung der Interessen der österreichischen Bevölkerung einsetzen.

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend TTIP-Abkommen; Resolution an die Bundesregierung und die Europäische Kommission  
DI-Verf-108-2014

Bgm. Dr. Koits: Zum diesem Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hat der Ministerratsdienst des Bundeskanzleramtes schriftlich geantwortet, dass sich die Vertreter der österreichischen Bundesregierung entschieden für österreichische Interessen einsetzen werden.

Unterausschuss direkte Demokratie; Resolution zur Änderung des Statutes für die Stadt Wels 1992  
DI-Verf-049-2014

Bgm. Dr. Koits: Zu dieser Resolution des Gemeinderates vom 17.11.2014 wurde mitgeteilt, dass die Resolution im Unterausschuss „Änderung Stadtstatute“ mitberaten wird.

#### Aktuelle Stunde

Folgerungen aus der Veruntreuung im Welldorado:

Bgm. Dr. Koits: Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „Folgerungen aus der Veruntreuung im Welldorado“ bekanntgegeben. Ich weise darauf hin, dass neben dem Vortragenden der antragstellenden Fraktion nur je einem Vertreter der übrigen Fraktionen, in diesem Fall SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion, den Mitgliedern des Stadtsenats

im Rahmen ihres Geschäftsbereichs sowie dem Bürgermeister die Möglichkeit zur Äußerung geboten wird.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte mit einem Querschnitt aus den Medienberichten beginnen:

21.12.2014 Kronenzeitung: Magistratskassiererin zweigte mehr als 100.000 Euro ab.

21.01.2015 OÖ Nachrichten: Welser Stadtbeamte wollten Diebstahl vertuschen.

23.01.2015 Kronenzeitung: Geld aus Magistratskasse weg. Bereits 270.000 Euro Schaden.

23.01.2015 Kurier: Kassiererin zweigte 300.000 Euro ab. Vorgesetzte deckten sie.

23.01.2015 Heute: Welldoradoskandal – jetzt wird auch gegen zwei Chefs ermittelt.

23.01.2015 Standard: Ärger im Entspannungsbad.

23.01.2015 Salzburger Nachrichten: Stadtangestellte veruntreute 270.000 Euro. Dazu kommen noch zahlreiche Meldungen des ORF.

Wels erlangte traurige Berühmtheit. Eine Katastrophe für das Image von Wels und auch eine Katastrophe für uns als Welserinnen und Welser. Wir sind alle entsetzt darüber, dass so etwas möglich war. Gott sei Dank wurde eine Prüfung ins Leben gerufen. Diese zeigte die vorliegenden Probleme auf. Es wurde eine chaotische Arbeitsweise, ein beeindruckendes „Durchwursteln“, wie das Aufbewahren der Belege in Kartons, festgestellt. Es gab keinerlei Kontrollen, aber es gab eine große Schadenssumme, die sich immer weiter erhöhte. Es gab gravierende Versäumnisse des Dienststellenleiters und Abteilungsleiters, das Ignorieren von Dienstanweisungen und kein Vier-Augen-Prinzip. Es gab ein eingeführtes Kassensystem, welches nicht verwendet wurde, weil sich niemand auskannte.

Die Kassenbestände wurden selbst kontrolliert und auch selbst bei der Sparkasse einbezahlt. Die Kassiererin musste sich selbst eine Vertretung besorgen, die Kassenschublade konnte nicht abgesperrt werden und die Originalbelege verblieben bei der Kassiererin. Es gab keinerlei Kontrolle. Die Schadenssumme betrug ohne dem Rechnungsjahr 2009 270.000 Euro. Aus diesem Jahr verschwanden alle Unterlagen. Auch wurden die Rückbuchungen und die Stornierungen noch nicht berücksichtigt.

Geschätzte Damen und Herren, ein trauriges Bild! Umso wichtiger ist hier Abhilfe zu schaffen und Konsequenzen zu ziehen. Konsequenzen, damit so etwas nie wieder passiert! Es kann nicht sein, dass leichtfertig mit Steuergeldern, mit Geldern der Welserinnen und Welser umgegangen wird. Es kann auch nicht sein, dass jahrelang zugesehen wird und niemand die Ungereimtheiten auffallen. Beim Jahresabschluss müsste doch das fehlende Geld auffallen. Beispielsweise wurde das Jahr 2009 bis heute nicht abgeschlossen. Wo kamen das Geld und die Belege hin? Keiner weiß es.

Es ist erschreckend, dass es keine interne Kontrolle gab. Hier sollten sofort Maßnahmen gesetzt werden. Wenn jemand etwas Kriminelles plant, kann es schwer verhindert werden. Aber es kann verhindert werden, dass immer wieder solche Schadensereignisse eintreten.

Es wäre höchst an der Zeit gewesen, dass die Vorgesetzten und die Führungspersonlichkeiten sich darum angenommen hätten. Aber das passierte leider nicht! Es geschah erst als die Medien auf diesen unzulässigen Vorgang aufmerksam machten.

Diese Vorfälle sind zu verurteilen und gehören raschestens aufgeklärt. Dabei müssen wir beachten nicht alle Mitarbeiter des Magistrates zu verunglimpfen. Es dürfen nicht alle als schwarze Schafe abgestempelt werden. Das haben sie sich nicht verdient. Doch muss eine umfassende Kontrolle und eine Aufarbeitung dieser Situation erfolgen. Die Fakten gehören auf den Tisch gelegt. Wir fordern eine transparente Diskussion, eine transparente Auflistung der Situation nicht über Facebook oder die Medien, sondern innerhalb der zuständigen Gremien, innerhalb des Stadtsenates und des Gemeinderates. Es muss gemeinsam diskutiert werden können, wie wir diesen Sumpf trocken legen. Dieser Sumpf trifft eine Handvoll Leute und nicht die 1.500 Mitarbeiter des Magistrates.

Diejenigen, die sich etwas zu Schulde kommen ließen, müssen die Konsequenzen tragen. Hier gehört aufgeklärt und eine disziplinarische Verantwortung gezogen. Daher erstaunte es uns, dass keine Suspendierung ausgesprochen wurde. Wir sind der Meinung die Voraussetzungen für eine Suspendierung sind sehr wohl gegeben, weil das Ansehen der Stadt Wels, aber insbesondere des Magistrates, stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Eine Suspendierung wäre für uns selbstverständlich gewesen.

Ich sagte schon, wir sind an einer lückenlosen Aufklärung interessiert. Die ÖVP-Fraktion ist bereit dafür mitzuarbeiten und Personen in die Gremien zu entsenden, entsprechende Fakten aufzuarbeiten und auch für eine moderne innovative Ausrichtung des Magistrates Sorge zu tragen, damit wir in Zukunft sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler, der Welserinnen und Welser umgehen und für eine gute gemeinsame Zukunft sorgen. Es kann nicht sein wegzusehen, vieles zu tolerieren und es kann nicht sein, dass es so weitergeht. In diesem Sinne ersuche ich den Herrn Bürgermeister die entsprechenden Schritte in die Wege zu leiten und alle Fraktionen miteinzubinden. Ich weiß, es ist für den Bürgermeister keine einfache Aufgabe. Er hat persönlich keine Schuld an dieser Malversation. Ich weiß aber auch, dass er persönlich davon sehr betroffen ist. Da er uns als Humanist bekannt ist, ist dieser Schadensfall für ihn sehr überraschend gekommen.

Ich bitte sie, Herr Bürgermeister, uns als Fraktionen einzubinden, damit wir gemeinsam an einem Tisch sitzend die Vorkehrungen treffen und Maßnahmen setzen können, die in Zukunft für den Magistrat Gültigkeit haben. Aber auch, damit wir nicht über die Medien und Facebook die eine oder andere eingeleitete Maßnahme erfahren. Wir müssen einen für alle akzeptablen Weg gemeinsam festlegen, der für eine transparente Aufklärung Sorge trägt. In diesem Sinne hoffe ich auf ihre Zustimmung und Unterstützung.

GR. Prof. Mag. Teubl: Der Welldorado-Skandal ist die größte Betrugsaffäre, die die Stadt Wels jemals erlebte und deshalb natürlich auch ein gefundenes Fressen für die Medien. Dass bei diesem großen öffentlichen Interesse die Versuchung der jeweiligen Parteien für die bevorstehende Wahl Kapital daraus zu schlagen groß ist, ist nachvollziehbar. Meiner Ansicht nach ist aber Wahlkampfgetöse das Letzte, das wir in dieser Angelegenheit brauchen.

Ich möchte als Vorsitzender des Kontrollausschusses des Welser Gemeinderates an sie alle appellieren, die Diskussionen zu dieser Affäre so sachlich wie möglich zu führen. Eine objektive Beurteilung der Angelegenheit sollte nicht durch voreilige Verurteilungen oder Forderungen behindert werden. Pauschalverdächtigungen und Vorverurteilungen bitte ich zu vermeiden. Selbst wenn die Faktenlage in vielen Belangen eine sehr

deutliche Sprache spricht, gilt auch hier die berühmte Formel der Unschuldsvermutung. Und zwar so lange bis die Schuld eindeutig nachgewiesen ist.

Ebenso zu verurteilen sind aber auch voreilige Freisprüche – auch das gibt es. Ich wunderte mich beispielsweise über eine Aussendung der Personalvertretung vom 23.12.2014, in der behauptet wird, die Vorgesetzten hätten nichts vertuscht und verschleiert. Eine kühne Behauptung, wie wir inzwischen wissen. Und ich möchte sie an die Gepflogenheiten erinnern, die für eine vernünftige Kontrolltätigkeit sinnvollerweise üblich und grundsätzlich auch vorgeschrieben sind. Das bedeutet zum Beispiel, dass ein Kontrollbericht zumindest so lange vertraulich ist bis er im Kontrollausschuss behandelt und dort genehmigt wird. Sonst stellen wir die Legimitation jenes politischen Gremiums, welches den internen Kontrollprozess zu beurteilen hat, völlig in Frage.

Doch nun zu den Fakten, die sind schlimm genug. Kollege Dr. Csar sprach vieles schon an. Letzten Dienstag versuchte der Kontrollausschuss in einer mehrstündigen Sitzung sich Klarheit in dieser Causa zu verschaffen. Von der Kontrollstelle wurde ein sehr umfangreicher Kontrollbericht präsentiert, der nach Auskunft nur einen Zwischenbericht darstellt und die Kontrolltätigkeit weiter fortgeführt wird. Wir werden in einer weiteren Sitzung am kommenden Dienstag fortsetzen, wo wir letzte Woche endeten. Es ist nicht leicht in diese Angelegenheit Klarheit zu bringen, denn im Welldorado herrschten offensichtlich tatsächlich unglaubliche Zustände. Zustände, die es auch der Kontrollstelle schwer machen, sich einen Überblick zu verschaffen. Aber eines ist klar: Wir können heute gesichert davon ausgehen, mindestens 290.000 Euro sind seit 2006 im Welldorado „verschwunden“. Dabei handelt es sich um den nachgewiesenen Fehlbetrag. Derzeit wird sowohl bei den anderen Bediensteten des Welldorados wie auch bei der Kunstseilbahn weiter kontrolliert. Es könnte noch etwas dazukommen.

Wie hoch der Schaden wirklich ist, wird wohl nie geklärt werden können. Für diese Behauptung wurde ich in den letzten Tagen von mancher Seite kritisiert. Ich halte sie dennoch aufrecht, weil die völlig überhöhten Storno nicht mehr nachvollziehbar sind und hier sicher keine Klarheit geschaffen werden kann. Die Kontrollstelle ist jedenfalls damit beauftragt die Untersuchung weiterzuführen. Eine kurzfristige – von vielen gewünschte – Überprüfung aller Kassen im Bereich des Magistrats wäre sicher sinnvoll, würde aber die personellen Möglichkeiten der Kontrollstelle in ihrer heutigen Zusammensetzung überfordern. Dies wäre nur machbar, wenn damit externe Firmen beauftragt werden.

Meine Damen und Herren, die Unterschlagung selbst ist in erster Linie ein Kriminalfall. Ein Kriminalfall für die Kriminalpolizei und das Gericht. Uns im Kontrollausschuss interessiert mehr die Verantwortung der Vorgesetzten, die offensichtlich über Jahre hinweg ihre Kontrollpflichten nicht ausreichend wahrgenommen haben und eine ziemliche Schlamperei tolerierten. Damit fügten sie dem Ansehen der Stadt schweren Schaden zu. Ob und inwieweit diese vorgehaltenen Dienstverfehlungen zu ahnden sein werden, wird gerade von einer Disziplinarkommission untersucht. Hier kann nur gehofft werden, die Mitglieder der Disziplinarkommission können ihre schwere Aufgabe über Kollegen zu Gericht zu sitzen wahrnehmen und objektiv beurteilen. Oder sie werden sich vielleicht bei der heutigen Tagung für befangen erklären und einer anders zusammengesetzten Disziplinarkommission Platz machen.

Wir erwarten alle, dass diese vorgekommenen Dienstpflichtverletzungen in irgendeiner Art und Weise Konsequenzen nach sich ziehen. Das erwartet nicht nur der Kontrollausschuss, sondern in der Zwischenzeit auch eine schon sehr aufgebrachte Öffentlichkeit,

die absolut nicht verstehen kann, wie so etwas vorkommen konnte. Schließlich wird auch noch die Staatsanwaltschaft nachhaken und zumindest die Vorgesetzten als Tatverdächtige vernehmen.

Der Kontrollausschuss wird nächste Woche eine weitere Sitzung abhalten, um über die inzwischen neu gewonnenen Erkenntnisse zu beraten. Vor allem wird es darum gehen, Maßnahmen zu beschließen, die ähnliche Vorfälle für die Zukunft unmöglich machen. Hier gibt es schon eine Reihe von Vorschlägen des Kontrollamtes. Daran werden wir weiterarbeiten und alles tun, um einen Skandal in dieser Größenordnung für die Zukunft zu vermeiden und absolut unmöglich zu machen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Die Vorredner drückten es sehr deutlich aus - diese kriminellen Machenschaften bedeuten einen Schlag für uns alle. Im ersten Moment konnten wir nur fassungslos zusehen, wie eine Bedienstete mit sehr viel krimineller Energie uns als Stadt Wels einen sehr großen Schaden zufügte. Die Summen wurden bereits erwähnt und Kollege Dr. Csar brachte im Wesentlichen Auszüge aus dem Kontrollbericht vor. Sehr herzlich bedanken möchte ich mich bei der Kontrollstelle, weil es sicher keine leichte Aufgabe ist, diesem Kontrolldruck – jeder möchte Klarheit und Aufklärung – Folge zu leisten. Wenn es gesetzlich möglich ist, ist es notwendig, uns auch durch externe Stellen unterstützen zu lassen. Das ist ein wesentlicher Punkt, um so schnell wie möglich Klarheit zu schaffen.

Es geht auch darum, dass wir – auch die Kontrollstelle – mit ruhigem Gewissen sagen können, es gibt keine andere Stelle, wo so etwas passieren könnte. Es geht auch um den Schutz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses Magistrates. Die große Anzahl der Mitarbeiter, die hervorragende Arbeit leistet, darf nicht in diese Machenschaften mithineingezogen werden. Es darf kein negatives Bild in die Stadt über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses transportiert werden.

Diebstähle und Unterschlagungen durch Mitarbeiter kommen leider immer wieder vor, aber wir müssen als Politik die Lehren daraus ziehen. Die Lehren, wie wir die Systeme so aufbauen, dass so etwas nicht passieren kann. Die Verfolgung der Täterin ist Sache der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei und sicher nicht des Gemeinderates. Natürlich muss alles getan werden, damit die Aufklärung vorangetrieben wird. Es müssen externe Stellen miteingebunden werden, damit wir so schnell wie möglich einen klaren und eindeutigen Überblick über die verschiedenen zu kontrollierenden Bereiche bekommen.

Wesentlich für mich ist, die Sachen dort zu lassen, wo sie hingehören. Es ist eine Frage der Staatsanwaltschaft, eine Frage des Aufbaues der Systeme. Mich verwundert, dass Fraktionen sich darauf einlassen, das Ganze in einen jetzt beginnenden Wahlkampf hineinzuziehen. Wir sollten alle gemeinsam auf die Wortwahl achten, wenn man Menschen mit Dreck beschmutzt, die im Wesentlichen nichts getan haben. Es geht darum, wenn in der Propaganda, in den Postings, in den Einzelgesprächen Zusammenhänge über Sippenhaftung hergestellt werden. Hier sollte über folgenden Bibelspruch nachgedacht werden: Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Ich würde ersuchen, gemeinsam an der Aufklärung zu arbeiten, gemeinsam uns schützend vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses zu stellen. Dann werden wir so schnell wie möglich diese Angelegenheit aufklären können. Eine Geschichte, die uns alle erschütterte und die uns deutlich macht, dass es immer wieder möglich ist mit kri-



mineller Energie Diebstähle und Unterschlagungen durchzuführen. Die letztendliche Beurteilung darüber, ist eine Beurteilung durch die Gerichte und der Staatsanwaltschaft. Wir sollten sie auch dort belassen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Die heutige aktuelle Stunde beschäftigt sich mit einem Skandal, der in diesem Ausmaß in der Stadt Wels noch nicht vorkam. Es ist ein trauriges Kapitel, mit dem wir uns heute auseinandersetzen müssen. Traurig, aufgrund des Vorfalles selbst, der natürlich nicht zu entschuldigen ist. Traurig, aufgrund des Umganges, wie die Stadt Wels auf diesen Vorfall reagierte. Traurig auch deswegen, weil wir nach wie vor über diesen Skandal nichts wissen, außer, dass wir nichts wissen.

Ich möchte erklären, warum ich zu diesem Ergebnis komme. Bei der Schadenssumme wurde zu Beginn von einer Höhe von 40.000 Euro gesprochen, dann erhöhte sie sich auf 100.000 Euro, dann 260.000 Euro, dann 290.000 Euro. Vergleicht man den Rechnungsabschluss der Stadt mit den Kasseneingängen, so ist ein Fehlbetrag jährlich in Höhe von 100.000 bis 150.000 Euro ersichtlich. Bedeutet bei einem Zahlenvergleich ab dem Jahre 2006 ca. 900.000 Euro Schaden. Natürlich stellt sich die Frage, wohin das Geld gekommen ist.

Es gibt zahlreiche Erklärungen für diesen großen Unterschied. Aber reichen diese tatsächlich aus, um den Schaden in dieser Höhe zu erklären? Oder gibt es hier weiteren Aufklärungsbedarf. Beispielsweise gab es an einem Tag Eintrittsgelder in der Höhe von 922 Euro und Stornos in der Höhe von 2.200 Euro. Dabei wird mehr storniert, als den ganzen Tag eingenommen wurde. Das sind Dinge, die die Frage aufwerfen, ob das passt oder nicht. Bei einem durchschnittlichen Eintrittsgeld ins Welldorado von 5 Euro hätten 400 Eintritte falsch sein müssen. Das sind durchaus sich zu stellende Fragen. Wir sind noch gar nicht bei den anderen Problempunkten, wie der Kunsteisbahn, die erst überprüft wird. Auch andere Ungereimtheiten, wie der KDZ-Bericht über das Welldorado, sind noch offen. In diesem Bericht steht, dass die Eintritte vom Jahr 2011 auf das Jahr 2012 im Hallenbad um 16.000 stiegen. Tolle Leistung, das passt! Da müssten bei durchschnittlichem Eintritt um 80.000 Euro mehr Einnahmen in der Kasse sein. An Eintrittserlösen war aber 1.000 Euro in diesem Jahr weniger in der Kasse. Wie gibt es das? Natürlich gibt es wieder zahlreiche Erklärungen für dieses Phänomen. Reichen diese aus, um diese Differenz tatsächlich zu erklären? Das meine ich, wenn ich sage, wir wissen einfach noch zu wenig.

Natürlich leistete die Kontrollstelle in diesem Zusammenhang gute Arbeit. Natürlich stand sie unter großem Zeitdruck. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Frau Mag. Österreicher, dass sie anhand dieses Belegwesens – wenn hier überhaupt von einem Belegwesen gesprochen werden kann, weil Belege in einem großen Wäschekorb bekanntlich kein Belegwesen sind – so schnell und rasch zumindest irgendeine Daten- und Faktenslage erarbeitete. Aber es sind einfach noch viele, viele Fragen offen. Auf den Bericht in sechs Wochen bin ich sehr gespannt, denn in diesem sollen genauere Details über die Kunsteisbahn enthalten sein.

Völlig offen ist auch die Frage der Beteiligten. Hier in dieser Diskussion scheint man zu meinen, dass drei Beteiligte schon klar sind. Wobei ich betonen möchte, gegen eine Beteiligte läuft ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren im klassischen Sinne wegen Veruntreuung, denn sie hat das Geld genommen. Jetzt zitiere ich die Kronen Zeitung: Tatsache ist, wie sie sagt, es gibt Mittäter! Das heißt, diese Einzeltätertheorie wird brüchig, wenn die Dame sagt, es haben andere auch noch etwas genommen. Man bedien-

te sich wechselseitig, setzte sich mit Kennungen auseinander, eine rechnete mit der Kasse der anderen ab. Sie sagt, sie habe nur 40.000 bis 50.000 Euro veruntreut und nicht 300.000 Euro. Viele offene Fragen gibt es in diesem Zusammenhang. Sie fährt ein Leasingauto. Bei Hinterziehung von 300.000 Euro fährt man kein Leasingauto. Hier wird das Strafverfahren alles aufklären und dort muss diese Sache auch tatsächlich hinterfragt werden. Wir haben viel Aufklärungsbedarf, deshalb wird uns diese Angelegenheit noch lange begleiten.

Welche Konsequenzen hat die Stadt aus dieser Sache gezogen bzw. welche hat sie nicht gezogen? Bei der Frage der Suspendierung stand der Bürgermeister vor einer sehr schweren Entscheidung – ich kann das verstehen. Da gibt es Beamte, gegen die ein massiver Vorwurf erhoben wird, wobei niemand weiß, ob sie schuldig oder nicht schuldig sind. Zumindest nicht zu diesem Zeitpunkt. Auf der anderen Seite besteht die Verpflichtung zu einer lückenlosen unbeeinflussten Aufklärung. Ich denke, in dieser schwierigen Phase schwankt man, was man tun soll. Man steht in der Auslage vor allen anderen Magistratsbediensteten: Wie geht der Bürgermeister mit seinen Bediensteten um? Die Entscheidung ist verständlich, trotzdem glaube ich sie war nicht richtig, weil es darum geht, dass eine unbeeinflusste Aufklärung erforderlich ist. Diese unbeeinflusste Aufklärung wird ein bisschen in Zweifel gezogen durch eine Aussage des Kontrollberichtes, dass der Abteilungsleiter keinen Beitrag zur Aufklärung leistete. Warum leistet er keinen Beitrag zur Aufklärung? Hier muss ich ausdrücklich betonen, der Dienststellenleiter kooperierte vollkommen, legte den Sachverhalt dar. Jetzt könnte gesagt werden, dass eine Suspendierung beim Dienststellenleiter im Nachhinein nicht gerechtfertigt gewesen wäre, aber beim Abteilungsleiter schon. Eine schwierige Entscheidung. Bei Treffen einer solchen Entscheidung muss ich mich damit auseinandersetzen, dass nach Abschluss aller Untersuchungen vielleicht zu diesem hingegangen und gesagt werden muss, meine Entscheidung war nicht richtig, du hast nichts getan und trotzdem habe ich dich suspendiert. Da kann zumindest gesagt werden, die ganze Untersuchung sei unter dem Titel einer völligen Aufklärung erfolgt, ohne Beeinflussung durch Beamte, die diese Untersuchung in irgendeiner Weise stören hätten können. Das heißt nicht, dass diese Beamten die Untersuchungen gestört haben oder hätten, aber oft reicht schon die Möglichkeit aus.

Das ist das Problem bei der Disziplinarkommission. Die einberufene Disziplinarkommission ist ein Akt, der feststeht und den der Bürgermeister machen muss. Ich appelliere an die Beamten der Disziplinarkommission sich sehr genau zu überlegen, ob sie wirklich frei von jeder Befangenheit über Kollegen urteilen können, mit denen sie teils 30 Jahre im gleichen Haus sehr eng zusammenarbeiteten. Wir müssen uns auch überlegen, was dieser Anschein bei der Bevölkerung hervorruft. Glaubt die Bevölkerung wirklich, dass so eine Kommission, bei der enge Kollegen urteilen, wirklich objektiv und alles schonungslos aufdecken wird? Nein, die Bevölkerung glaubt es nicht. Der Bürgermeister kann hier nicht eingreifen. Es liegt in der Verantwortung der Beamten der Disziplinarkommission selbst zu entscheiden, ob sie objektiv genug sind oder nicht.

Der dritte Punkt bezüglich der Konsequenzen betrifft die Öffentlichkeitsarbeit. Der erlittene Imageschaden für die Stadt Wels tut mir persönlich sehr leid. Ein Imageschaden, den ich der Stadt sehr gerne erspart hätte, insbesondere weil jetzt gerade eine Imagekampagne für die Stadt läuft, die damit völlig konterkariert wird. Wenn ich über zehn Tage täglich auf der Titelseite von ORF.at - mit schönem Bild vom Rathaus - etwas darüber lesen muss, bin ich nicht auf das Erscheinungstreten unserer Stadt stolz. Und auch nicht, wenn ich in Linz oder Wels Bälle besuche und darauf angesprochen werde. Wir

müssen uns immer bewusst sein, dass so ein Vorfall rasch aufgearbeitet werden muss. Wir müssen uns als Stadt ganz klar deklarieren: lückenlose, rasche, vollständige, externe Aufklärung. Eine Aufklärung, der die Leute auch glauben. Wo die Bevölkerung sagt: Die Ermittler kommen von draußen, die haben nichts zu verstecken. Das ist objektiv, das ist ordentlich.

Leider – das ist auch nicht die Schuld des Bürgermeisters – passierte das durch die oder den Vorgesetzten nicht. Wir müssen uns die Frage der politischen Verantwortlichkeit stellen. Wer trägt diese? Strafrechtliches Handeln kann per se nie und zu keiner Zeit unterbunden werden. Wir können nur durch die Einführung von derartigen Kontrollsystemen versuchen diese Vorfälle möglichst gering und den Schaden möglichst klein zu halten. Etwas anderes wird uns in diesem Zusammenhang nicht übrigbleiben. Welche Folgen werden in der Bevölkerung gezogen? Es gibt ein großes Misstrauen gegen alle Magistratsbediensteten, denn es gibt sehr schnell eine Pauschalverurteilung aller, die davon betroffen sind, nur weil sie am Magistrat beschäftigt sind. Ein derartiges Misstrauen ist zurückzuweisen. Aber Misstrauen kann nur durch Aufklärung begegnet werden und Aufklärung kann nur dann glaubwürdig sein, wenn sie von außen kommt. Es gibt ein schweres Misstrauen gegen die Politik, gegen alle: „Haben wieder einmal in die Kasse gegriffen“. Egal, was in diesem Zusammenhang gesagt oder getan wird, wir müssen aufklären, vollständig und extern.

Für alle Magistratsbediensteten möchte ich sagen, ich glaube, alle Magistratsbediensteten leisten eine tolle Arbeit, sie bemühen sich, sie erledigen ihre Arbeit so gut es ihnen möglich ist und dieser Generalverdacht ist daher ungerechtfertigt. Es darf nicht bei einer Kontrolle des Welldorados stehengeblieben werden, sondern es muss darüber hinausgegangen werden. Mag. Teubl erwähnte schon seine Vorgehensweise und ich hoffe, es gibt hier einen breiten Konsens zwischen allen Parteien: Holen wir uns einen externen Gutachter, der überprüfen soll, ob es Auffälligkeiten gibt. Es gibt in der Forensik in vielen Strafverfahren Experten, die Computerprogramme entwickelten, mit denen Unregelmäßigkeiten nach Logarithmen aufgeklärt werden. Sie können beispielweise sehr schnell feststellen, wenn vor Kassenschluss große Auszahlungen vorhanden sind, dass hier etwas nicht passt. Sie können sehr konkret, sehr schnell, sehr genau sagen, ob es hier noch weitere Verdachtsmomente gibt, weil weiteren Verdachtsmomenten gehört nachgegangen.

Jeder, der in den letzten 20 Jahren irgendeine schlechte Erfahrung mit dem Magistrat machte, weil er beispielsweise keinen Zettel beim Schlittschuhverleih bekam, wird kommen und behaupten: „mir ist das auch schon passiert“. Diese Aussage wird dazu führen, jeden Beamten als korrupt zu bezeichnen. Das gehört sofort und unverzüglich ausgeräumt – umso schneller, desto besser. Dieser Verantwortung müssen wir uns als Politiker bewusst sein. Deshalb müssen wir rasch und objektiv - soweit das in dieser Phase möglich ist – reagieren. Wenn uns das nicht möglich ist, müssen wir uns externe Hilfe holen. Das kann ich nicht auf die Kontrollstelle abschieben. Dafür verfügt die Kontrollstelle wahrscheinlich nicht über ausreichende Kapazitäten, denn es sind laufend Kontrollberichte nach genauem Plan zu erstellen. Ich denke diese Unterstützung ist unbedingt erforderlich und wird die volle Zustimmung der Freiheitlichen Fraktion finden.

Bgm. Dr. Koits: Die Fraktionen nahmen jetzt ihre Wortmeldungen wahr.

Vzbgm. Lehner: Die ÖVP-Fraktion darf noch eine Wortmeldung vorbringen.

Bgm. Dr. Koits erteilt nach Rücksprache mit dem Verfassungsdienst Vzbgm. Lehner das Wort.

Vzbgm. Lehner: Ich werde mich kurz halten, weil schon einiges zu diesem wirklich dramatischen Skandal in dieser Stadt gesagt wurde. Als ÖVP-Fraktion ist es nötig das Eingangsstatement noch zu ergänzen. Nicht weil es nicht vollständig war und die vollständige Dramatik nicht darstellte, sondern nur um zu verdeutlichen, wie wichtig es uns ist, durch eine externe Unterstützung diesen Skandal aufzuarbeiten. Es ist dies der Kontrollstelle, zusätzlich zu den laufenden Arbeiten, einfach nicht zuzumuten. Eine übliche Prüfung des Welldorados hätte in einem 10-Jahres-Abstand stattgefunden. Es ist ersichtlich, dass hier keine Überkapazitäten im Personalbereich vorhanden sind. Daher brauchen wir diese Unterstützung durch externe Experten, die über spezielle Softwarepools verfügen, um Fehler im Kassensbereich schnell und effektiv durchleuchten zu können. Es geht darum, jetzt wieder Vertrauen in die Mitarbeiter des Hauses durch externe Experten herzustellen.

Für die Zukunft ist mir als Konsequenz wichtig, die Kassensysteme in die Buchhaltung zu integrieren. Etwas, das zur Zeit nur beim Welios Bestand ist. Das heißt, werden mit den Kassen Einnahmen getätigt, sind diese umgehend, tagaktuell in die Buchhaltung der Stadt zu überführen. Dies soll nicht manuell durch Übertragungen und Buchungen der Kassiererin oder der Dienststelle geschehen und dann erst in der Buchhaltung aufscheinen. Es sollen hier lückenlos der Geldtransport, die Buchungen und Geldwege erfolgen. Dazu braucht es eine Integration sämtlicher Kassensysteme im Haus mit der städtischen Buchhaltung.

Als weitere Konsequenz aus diesem Skandal muss Transparenz gelebt werden. Es kann nicht sein, dass die Mitglieder des Kontrollausschusses Informationen aus der Zeitung erhalten. Gerade letzte Woche hieß es wieder, der Schaden habe sich verändert, obwohl alle Kontrollausschussteilnehmer wissen, dass der Schaden in Wirklichkeit noch nicht in der Dimension darstellbar ist. Das erfahren wir wieder durch die Zeitung und nicht durch ein zeitnahes E-Mail. GR. Reindl-Schwaighofer formulierte es schon durch „fassungloses Zusehen“. Es geht um Aktivität und nicht um Zuschauen, es geht um einen raschen Informationsfluss. Nur mit dieser Raschheit, mit dieser externen Unterstützung und mit Transparenz wird es uns gelingen das Vertrauen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wels wieder herzustellen. Für uns als Wirtschaftsstadt ist ein guter Ruf wichtig, deshalb müssen wir dafür intensiv arbeiten und die durch kriminelle Energie entstandenen Missstände ausräumen. Mit der Hoffnung, ein großer Teil des Schadens kann wieder gut gemacht werden, denn dieser Schaden entstand ja nicht unbekannt und es kann eine Schadenswiedergutmachung eingefordert werden.

Bgm. Dr. Koits: Ich muss mich bei den anderen Fraktionen entschuldigen, es hätte nur Kollege Dr. Csar und nicht Kollege Vzbgm. Lehner reden dürfen. Das wurde jetzt nach nochmaliger Überprüfung vom Verfassungsdienst bestätigt.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Bgm. Dr. Koits: Selbstverständlich lässt dieses Thema niemanden in der Stadt kalt und schon gar nicht mich. Ich bedauere diesen Vorfall und bin darüber sehr betroffen. Überall in unserem Leben können solch schlimme Ereignisse eintreten. Es wird in Zukunft kein System geben, welches kriminelle Handlungen unterbindet. Es wird immer Schlupflöcher geben, welche andere entsprechend ausnützen. Es sind Fehler passiert, das ist

uneingeschränkt zuzugeben und daraus haben wir die entsprechenden Lehren zu ziehen. Ich beauftragte deshalb die Frau Magistratsdirektorin als Leiterin des inneren Dienstes, alles zu tun, um eine lückenlose Aufklärung herbeizuführen und eine gute zielgerichtete zukunftsorientierte Abarbeitung dieses Themenkreises durchzuführen. Das braucht natürlich eine gewisse Zeit und das Bekenntnis unseres Hauses bzw. unsere Abteilungen in Ruhe arbeiten zu lassen. Was haben wir alles zu unternehmen, um die Systeme, die Transparenz noch effizienter und noch besser darzustellen?

Bei den Wortmeldungen drang durch, es sei keine Transparenz gegeben gewesen. Als am 24.11.2014 eine anonyme Anzeige an die Frau Magistratsdirektorin einlangte, wurde diese Anzeige sofort an mich weitergeleitet und am selben Tag fand noch die erste gemeinsame Besprechung mit den Führungskräften statt. Gleichzeitig wurden entsprechende Anzeigen an die Staatsanwaltschaft weitergegeben. Die Entlassung der betreffenden Mitarbeiterin wurde vorbereitet, die am 28.11.2014 erfolgte. Am 9.12.2014 wurde schon an der Verbesserung der Kontrollsysteme etc. gearbeitet. In der Folge führte ich nach Fertigstellung des Kontrollberichtes ein Pressegespräch. Gleichzeitig informierte ich am selben Tag die Fraktionsvorsitzenden und habe darauf gedrängt, die für 10.02.2015 vorgesehene Sitzung des Kontrollausschusses vorzuverlegen. Auch wurde am 22.01.2015 Anzeige an die Disziplinkommission erstattet. Am 26.01.2015 wurden die entsprechenden organisatorischen und personellen Maßnahmen von uns gesetzt. Auch hier erfolgte die Information an die Mitglieder des Stadtsenates per E-Mail. Am 27.01.2015 wurde im Kontrollausschuss und gleichzeitig auch in der am selben Tag stattfindenden Stadtsenatssitzung berichtet und beraten.

Das heißt, es wurden alle Gremien entsprechend eingebunden und sie werden es auch in Zukunft sein. Bei einer Aussendung wurde gemeint, es würden Termine des Kontrollausschusses festgelegt ohne die Mitglieder zu fragen. Der Termin für die Sitzung des Kontrollausschusses wurde mit den Fraktionsvorsitzenden festgelegt und noch während der Sitzung mit den Mitgliedern Kontakt bezüglich des Termins aufgenommen. Es können nachher nicht Aussendungen gemacht werden, die schlichtweg falsch sind. Heute wurde eine Organisationsbesprechung mit allen Betroffenen durchgeführt, um die inneren Abläufe in die Wege zu leiten und die Zusammenarbeit in den einzelnen Abteilungen zu forcieren.

Ich darf sie noch darüber informieren, dass sich die Mitglieder der Disziplinkommission heute einhellig für befangen erklärten. Das habe ich zur Kenntnis zu nehmen. Es werden Mitglieder der Disziplinkommission aus anderen Statutarstädten – sofern welche zur Verfügung stehen – bestimmt werden, die dann ihre Arbeit aufzunehmen haben. In meinen Augen ist das Statutargemeinde-Beamtenengesetz in diesen Passagen etwas aus der Monarchie, es ist veraltet. Es kann nicht sein, dass Mitglieder aus dem eigenen Haus über Kollegen „richten“. Das geht nicht. Kollege Dr. Csar, es wäre höchst an der Zeit der Landtag würde sich mit diesen Dingen einmal beschäftigen und solche anachronistischen Bestimmungen aus dem Gesetz entfernen, denn dadurch werden beide Parteien in größte Schwierigkeiten gebracht.

Nächste Vorgangsweise: Bestellung der Disziplinkommission, Aufnahme der Arbeit der Disziplinkommission. Alles andere ist Thema der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Wir befinden uns auch hier in einem gerichtlichen Strafverfahrensprozess und ich würde ersuchen, nicht generell den Stab über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses zu brechen, denn diese leisten eine ausgezeichnete Arbeit – sie bemühen sich.

Unsere Aufgabe ist es dafür Sorge zu tragen, dass solche Themen in der Zukunft möglichst ausgeschlossen sind. In diesem Sinne ersuche ich sie, unsere Mitarbeiter im Hause arbeiten zu lassen. Die Transparenz war in den letzten Tagen gewährleistet und wird auch in Zukunft gewährleistet sein. Wir sollten möglichst rasch das Thema abschließen können, damit das durch die Medien entstandene Bild in der Öffentlichkeit ausgemerzt wird.

Vzbgm. Wimmer erklärt damit die aktuelle Stunde für beendet und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in Gold an Herrn Dr. Horst Sackmaier  
DI-Verf-034-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag. Die Dringlichkeit ist deswegen gegeben, weil Anfang März die Jahreshauptversammlung des Kleingartenvereines stattfindet und bei diesem Anlass sollte die Verdienstmedaille verliehen werden.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit mit

gegen 32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

GR. Markus Wiesinger ist bei dieser Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Der Sachbeschluss zu diesem Antrag erfordert die Zustimmung von drei Viertel der Anwesenden. Jetzt beginnen wir mit der Tagesordnung, wobei beim ersten vordringlichen Initiativantrag der SPÖ-Fraktion ein Abänderungsantrag vorliegt. Aus meiner Sicht ist dieser Abänderungsantrag der ÖVP- und FPÖ-Fraktion schon ein neuer Antrag; dieser lautet:

Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, eine Förderung in Form von Mietzuschüssen für Gründerinnen und Gründer, die sich in vorher leerstehenden Geschäftslokalen einmieten, auszuarbeiten. Diese Förderung der Gründerszene soll zusätzlich zum Modernisierungseuro wirken. In der Gemeinderatssitzung am 9. März 2015 soll das Ergebnis als Beschlussvorlage vorgelegt werden. Bitte, diesen Antrag gleich mitzubehandeln.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Startup-Wettbewerb zur Förderung der Gründerszene für die Welser Innenstadt  
DI-Verf-025-2015

GR. Reindl-Schwaighofer: Es freut mich ganz besonders, heute diesen Antrag vorstellen zu dürfen. Mit diesem können wir mit einer Klappe zwei Fliegen schlagen. Wir sind der Meinung es kann nicht genügend Initiativen geben, um gegen den Leerstand der Innenstadt vorzugehen und die Gründer-Szene und Startups-Gründer gemeinsam zu fördern. Es handelt sich dabei um sehr dynamische Menschen, die in der Lage sind, eine Geschäftsidee auch umzusetzen. Der Antrag zielt darauf ab, diese Gründerszene mit ihren exzellenten Ideen zu unterstützen, indem wir einen Wettbewerb veranstalten und als Prämierung der Mietzuschuss für ein leerstehendes Lokal winkt. Gerade Gründer können sich oftmals nicht Geschäftslokale in besserer Lage finanzieren. Es geht uns darum, den Leerstand in der Innenstadt zu reduzieren und die Gründerinnen und Gründer zu unterstützen.

Der Abänderungsantrag der ÖVP- und FPÖ-Fraktion sagt nichts anderes, als dass die Förderung der Gründerszene zusätzlich zum ModernisierungEuro wirken soll. Wir diskutierten und verabschiedeten ja gemeinsam diese Frage des ModernisierungEuro. Es freut mich, dass diese Idee so gut aufgenommen und mitgetragen wird.

Ich ersuche sie, mit uns gemeinsam diesen Antrag zur Förderung der Gründerszene und diese Maßnahme gegen den Leerstand in der Innenstadt zu beschließen, um diese Vorschläge noch heuer umzusetzen, damit das eine oder andere leerstehende Lokal mit einer guten Idee bzw. einer tüchtigen Unternehmerin oder einem tüchtigen Unternehmer gefüllt wird.

GR. Manfred Wiesinger: Über diesen Initiativantrag war ich sehr verwundert. Bei der Überarbeitung der Wirtschaftsförderungen wurde unsererseits immer darauf hingewiesen, dass durch die neuen Richtlinien – insbesondere der Kleingewerbeförderung – alle Unternehmergründer aus der Möglichkeit einer Förderung fallen würden. Die Fördermöglichkeiten auch für Unternehmensgründer auszuweiten wurden von Seiten des Magistrates mit zu vielen Kosten, zu viel Arbeit abgelehnt. Außerdem würden Unternehmensgründer ein größeres Risiko bedeuten, weil sie nicht langfristig am Markt sind und in kurzer Zeit wieder ihr Unternehmen schließen.

Von der SPÖ-Seite gab es bei dieser Diskussion keine Meinung dazu. Nun möchte die SPÖ-Fraktion eine Casting-Show mit dem Titel: Wels sucht einen Start-up des Jahres. Wie soll das funktionieren? Egal, ob in der Kommission nur Politiker, Vertreter der Wirtschaftskammer, Betriebsberater oder Wirtschaftstreuhänder sitzen, es wird die endgültige Entscheidung eigentlich subjektiv getroffen.

Beispielsweise wird es bei sechs Teilnehmern einen Gewinner geben. Fünf Teilnehmer werden behaupten, sie wären eigentlich besser gewesen. Diese Vorgehensweise betrachte ich deshalb als nicht sehr sinnvoll. Ich könnte mich mit der Idee eines Wettbewerbes sehr wohl anfreunden, wenn es grundsätzlich Grundförderungen für Unternehmer für schon länger leerstehende Lokale gibt, die auf einer Förderungsrichtlinie basieren, bei der jeder gleich behandelt wird. Dann kann zusätzlich noch ein Wettbewerb veranstaltet werden.

Ich weiß nicht, ob bei Übernahme der Mietkosten für drei Jahre die Summe nicht zu hoch sein wird. Bei verschiedenen anderen gestellten Forderungen war kein Geld vorhanden. Auch in der Wirtschaftsförderung wird immer auf die Kosten und Sparsamkeit geachtet. Deshalb brachten wir gemeinsam mit der ÖVP-Fraktion den Abänderungsantrag ein.

GR. Mag. Mayerhofer: Die GründerInnenszene in Wels zu fördern halten wir für einen ausgezeichneten Vorstoß. Die von der SPÖ-Fraktion vorgeschlagenen Start-ups sind ein anderer Zugang sich diesem Thema zu nähern. Wir halten das Konzept an sich noch nicht für ausgereift. In Wels tat sich in den letzten Jahren mit Unternehmensgründungen sehr viel. Wir haben am Rande der Innenstadt sehr viele neu entstandene Geschäfte und jeder dieser Unternehmer und Unternehmerinnen hat ganz eigene Probleme, Sorgen, die ihn oder sie bewegen. Dann gibt es aber gemeinsam Bewegendes. Der vorgeschlagene Abänderungsantrag würde insgesamt eine Förderschiene für Unternehmensgründerinnen und Unternehmensgründer vorsehen. Ebenfalls ein Vorschlag, den wir begrüßen würden.

Das Beispiel Ottensheim zeigt für uns, dass gerade eine aktive Gründerinnen- und Gründerszene sehr belebend für die Wirtschaft sein kann. Wirtschaftskammerobmann Resch meinte heute in der Zeitung, dass Unternehmensgründungen in Wels rückläufig sind. Das ist ein guter Ansatz, um in Wels neue Wirtschaftstreibende anzulocken, zu fördern und zu unterstützen in ihren unternehmerischen Tätigkeiten.

Ein Problem dieses Vorstoßes sehen wir darin, dass mit diesem weder bestehende Programme, Förderschienen und Überlegungen, die gerade im Bereich der Innenstadt bereits getroffen werden, akkordiert sind. Generell denken wir, eine Förderung der Gründerinnenszene soll nicht nur auf die Innenstadt beschränkt sein, denn neue Unternehmen können sich auch in der Neustadt, der Vogelweide etc. ansiedeln.

GR. Mag. Mayerhofer stellt den Geschäftsordnungsantrag, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Mayerhofer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 2) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

gegen 19 Ja-Stimmen (FPÖ- ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
14 Nein-Stimmen (SPÖ- Fraktion)

angenommen.

Mag. Lehner, DI. Haydinger und Manfred Wiesinger sind bei dieser Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.



Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

2.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend definierter Anforderungen für die Beurteilung von Verbesserungen  
und möglichen Änderungen der Linie Wels  
DI-Verf-031-2015

GR. Prof. Mag. Teubl: Dass Abend- und Sonntagsbusse von den GRÜNEN schon seit Jahrzehnten gefordert werden – zuletzt in einer großen Kampagne 2011 – dürfte allgemein bekannt sein. Für uns ist ein gut ausgebautes Angebot des öffentlichen Verkehrs auch in Hinblick auf die Klimaschutzziele und die Anstrengungen der Stadt Wels, als Energiestadt Furore zu machen, ein absolutes Muss. Und es ist eine simple Rechnung, dass ein attraktives Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln auch eine entsprechende Nachfrage nach sich zieht. Umso mehr freut es mich, ihnen heute einen gemeinsamen Antrag der SPÖ-, ÖVP- und GRÜNEN-Fraktion präsentieren zu dürfen, der auf eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs abzielt. Obendrein finden wir heute in der Tagesordnung unter den Tagesordnungspunkten 7. und 8. zwei Anträge der FPÖ-Fraktion zur Einführung eines Abend- und Sonntagsbusses.

Beim Studium dieser Unterlagen fiel ihnen vielleicht auf in allen drei Anträgen eine gleichlautende Formulierung zu finden, die lautet: Aufgrund des verstärkten Kulturangebotes und zahlreichen Wünschen aus der Bevölkerung, speziell der nicht selbständig mobilen Jugend und der Seniorinnen und Senioren, ist die Einführung eines Abend- und Sonntagsbusses ein notwendiger Schritt. Das bedeutet, dass in dieser Frage nunmehr zwischen allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen ein absolutes Übereinkommen besteht, dass Konsens für einen Abend- und Sonntagsbus in Wels besteht. Das halte ich für eine großartige, festzuhaltende Entwicklung. Tatsächlich besteht seit langem in dieser Hinsicht Handlungsbedarf.

Während andere Städte sogar Nachtbuslinien führen, ist bei der Linie Wels nach wie vor um 20.30 Uhr Schluss. Samstags endet der Betrieb sogar um 18.30 Uhr. Für Nachtschwärmer in unserer Stadt bedeutet das, sich alternative Transportmöglichkeiten suchen zu müssen - das ist meist das Auto. Für die Jugendlichen müssen die Eltern Taxi spielen, denn das Anruf-Sammeltaxi ist zwar ein existierendes Angebot, aber seine Nutzung eher kompliziert. Ein Bus für die frühen Abend- und Nachstunden würde dagegen viel besser angenommen werden. Er wäre ein attraktives Angebot, insbesondere für Jugendliche, die immerhin eine der Hauptzielgruppen der Linie Wels sind. Darüber hinaus könnten sich auch Theater- und Konzertbesucher überlegen, ob sie nicht doch auf das Auto verzichten können und stattdessen mit dem Bus in die Innenstadt fahren. Dasselbe gilt für die Sonn- und Feiertage. Dass der innerstädtische Busverkehr an diesen Tagen gänzlich ruht, stellt ein österreichweites Kuriosum dar und ist für auswärtige Besucher unserer Stadt vollkommen unverständlich. Ob es darum geht, Angehörige im Klinikum zu besuchen, mit den Kindern in den Tierpark zu gehen oder mit der Bahn zu

verreisen, für alle diese Vorhaben steht nach wie vor an Sonn- und Feiertagen kein Bus zur Verfügung. Das alles sollte sich schleunigst ändern, darüber besteht Einigkeit und breiter Konsens.

Aber ich möchte der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass der heute gefundene Konsens nicht nur jetzt besteht, sondern auch die Gemeinderatswahlen im Herbst überlebt, denn vor der Wahl gab es schon häufig Versprechungen, die nach der Wahl wieder in Vergessenheit gerieten. Bereits vor der Gemeinderatswahl 2009 forderte die FPÖ-Fraktion den Sonntagsbus, die SPÖ-Fraktion die Einführung von Abendbussen. Nach der Wahl galten diese Forderungen, nachdem sie von uns gestellt wurden, plötzlich als unfinanzierbar. Als die GRÜNEN 2011 die Umsetzung erneut einforderten, verglich uns Verkehrsstadtrat Kroiß in einer Presseaussendung mit einem „trotzigen Kind“, welches immer nur „haben wollen“ schreit. Er erklärte in dieser Presseaussendung wörtlich: „Die GRÜNEN kauen wieder einmal auf diesem alten Kaugummi herum. Manche begreifen es einfach nie, für solch eine Umsetzung sind entsprechende Finanzmittel erforderlich.“ Natürlich begreifen wir, dass dafür Finanzmittel nötig sind, aber die Forderung wäre ja, diese Finanzmittel endlich aufzustellen.

Jetzt, nachdem von den jungen Gemeinderäten einiger Fraktionen wieder einmal eine solche Initiative ausging, ist auf einmal doch alles finanzierbar. Jetzt nimmt auch der Verkehrsstadtrat diesen alten Kaugummi selbst in den Mund, um damit mit einen Schnellschuss vor der Wahl ein paar Blasen zu erzeugen. Ist doch egal - Hauptsache es wird etwas getan. Der Meinung bin ich auch, das sehe ich auch so. Aber die Skepsis bleibt, wenn der Sonntagsbusantrag gleichzeitig eine Probezeit verlangt, die ausgerechnet wenige Wochen nach der Wahl endet und dann wieder in der Versenkung verschwindet. Das wollen wir sicher nicht.

Wir, die GRÜNE-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion, wollen für den Welser Stadtverkehr ein Gesamtkonzept erstellen und umsetzen, welches selbstverständlich auch Abend- und Sonntagbusse beinhaltet. Aber darüber hinaus auch weitere Attraktivierungsmaßnahmen. Da geht es um die Frage, ob die „Wurstinsel“ am Kaiser-Josef-Platz als Umstiegsstelle und das dortige Zusammentreffen aller Busse von ganz Wels an dieser Stelle wirklich das Gelbe vom Ei ist. Es geht um die Frage, ob die aktuelle Linienbusführung den Erfordernissen der Gegenwart noch entspricht, ob die Haltestelleninfrastruktur nicht verbesserungswürdig wäre. Es könnte die Fahrgastinformation beispielsweise mit einer Echtzeitanzeige aufgewertet werden etc. Deshalb beschlossen im August des Vorjahres die Fraktionsobmänner, dass eine kompetente externe Beratungsfirma beauftragt werden soll das bestehende Welser Öffi-System zu bewerten und Vorschläge für eine Verbesserung vorzulegen. Der Verkehrsreferent sollte dies in die Wege leiten. Das schien auch tatsächlich gut zu laufen, denn im Verkehrsausschuss vom 06.10.2014 wurde den Ausschussmitgliedern berichtet, dass das Buskonzept von einer externen Firma überprüft werden wird.

Wir gingen davon aus, dass diese Evaluierung seit Oktober im Gange ist. Deshalb zielt dieser Antrag darauf ab, nun endlich möglichst schnell dem Gemeinderat diese Ergebnisse des Prozesses zur Kenntnis zu bringen, damit dann auf Basis dieser Ergebnisse Veränderungen, wie die Einführung von Abend- und Sonntagsbussen, vorgenommen werden können. Wörtlich heißt es im vorliegenden Antrag: „Der Verkehrsreferent mag die Beurteilung von Verbesserungen und mögliche Änderungen der Linie Wels möglichst kurzfristig, spätestens aber bis 27. April 2015, dem Gemeinderat vorlegen bzw. unter Bezugnahme auf die von den Verkehrsexperten vorgebrachten Vorschläge ein

Konzept für die Linie Wels entwickeln und dieses dem Gemeinderat zur Beschlussfassung präsentieren.“

Soweit so gut! Allerdings musste ich in den letzten Tage andere Informationen zur Kenntnis nehmen und nun davon ausgehen, dass die Erstellung einer solchen Studie nicht nur im Oktober nicht im Gange war, sondern sogar die Beauftragung von externen Verkehrsexperten, die eine solche Studie erstellen sollten, bis heute nicht erfolgte. Mag. Stöttinger von der Firma Sabtours schrieb am 20.01.2015 in einem Mail, es seien nun drei dafür besonders geeignete Berater ausgewählt worden, mit denen Kontakt aufgenommen wird. Die entscheidende Auftragsvergabe sollte bis Ende Februar erfolgen. Das heißt, nicht im Oktober, nicht im Dezember - bis heute wurde der Auftrag nicht vergeben. Es ist ein starkes Stück, dass jetzt in einem Vorwahlschnellschuss von der FPÖ-Fraktion Abend- und Sonntagsbusse beantragt werden, aber im Hintergrund die Hausaufgaben nicht gemacht wurden. Also diese Forderungen ohne Einbettung in ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept dastehen. Umso dringender erscheint uns die Erstellung eines Gesamtkonzeptes mit Nachdruck einzufordern. Daher ersuchen wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

StR. Kroiß: Zuerst möchte ich sehr herzlich Herrn Mag. Stöttinger von der Linie Wels begrüßen und bedanke mich als Verkehrsreferent sehr herzlich für seine geleistete Arbeit im Sinne des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs. Ich weiß wie schwierig es ist den öffentlichen Nahverkehr zu betreiben, wenn die Anzahl der Linien und der 15-Minuten-Takt bedacht werden. Die Linie Wels befördert mehr als 6 Mio. Fahrgäste jährlich. Es gibt rund 370 Haltepunkte in Wels. Das Liniennetz ist rund 173,5 km lang und die Busse legen rund 1,4 Mio. km jährlich in Wels zurück. Natürlich ist es nicht immer sehr leicht, alles zum Wohl der Fahrgäste, aber auch zum Wohle der anderen Verkehrsteilnehmer abzuwickeln bei mehr als 60.000 Verkehrsteilnehmern in unserer Stadt.

Lieber Kollege Mag. Teubl, wenn sie der Meinung sind, die FPÖ macht hier einen Schnellschuss, muss ich das auf das Schärfste zurückweisen. Der Schnellschuss ist ihr gemeinsamer Antrag, als sie feststellten, dass diese wochenlange Arbeit dem Ende zugeht. Da wir endlich ausschreiben können, brachten sie diesen Antrag ein. Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil sie darin schreiben, am 27. August wurden diese Beurteilungswünsche definiert. Das ist richtig, nur waren sie bei dieser Sitzung nicht anwesend. Würden wir jetzt diesen Antrag beschließen, dürften wir ihre, eine Woche später geäußerten Beurteilungswünsche nicht in die Beratung bzw. Beschlussfassung mitaufnehmen, weil der Beschlussantrag auf 27. August lautet. Würden wir diesem Beschlussantrag folgen, würden wir ein Konzept erstellen, bei dem wesentliche Dinge fehlen, die sie ja auch gerne einbringen wollen.

Zur Information der Zuschauer: Es gab am 27. August 2014 ein Gespräch mit Vzbgm. Lehner, GR. Buttinger und mir zum Thema „öffentlicher Verkehr“, weil es immer wieder Kritikpunkte bzw. Verbesserungsvorschläge gibt. Eine Woche später erfolgte das Gespräch mit Herrn Mag. Teubl. Ende September wurden diese Gespräche mit Mag. Stöttinger, Mag. Niedersüß und dem Herrn Bürgermeister fortgesetzt, bei denen die Beiziehung eines externen Beraterunternehmens vereinbart wurde, welche schwerpunktmäßigen Überprüfungen der Linienführung oder das Zusammenwarten der Busse durchführen sollte, alternative Liniennetze bewerten und neue Liniennetze für das neue Wohn- bzw. Gewerbegebiet miteinbeziehen sollte. Weiters sollten von der Linie Wels in einer Machbarkeitsstudie eines Abend- und Sonntagsbusses auch die Kosten einer W-LAN-Ausstattung und des Sammeltaxis erhoben werden. Die Auftragserteilung

und die Ausschreibung sollte bekannter Weise Ende 2014 durch das E-Werk Wels erfolgen. Es wurde von mir nie behauptet, diese Ausschreibung sei bereits im Oktober erfolgt. Ich verständigte im Oktober die Mitglieder des Verkehrsausschusses über die Suche einer externen Firma. Soweit so gut, das stimmt! Nur erwies sich die Suche nach einem geeigneten Beraterunternehmer nicht so leicht und war wesentlich schwieriger, als Mag. Stöttinger annahm. Auf der Suche nach einem geeigneten Unternehmen wurden von ihm viele Gespräche mit anderen Kollegen in Deutschland, Österreich und der Schweiz geführt, um ein geeignetes Unternehmen zu finden.

Von acht geeigneten Unternehmen wurde das Ganze auf drei Unternehmen verdichtet. Diese drei wurden jetzt angeschrieben. Teilweise erfolgte eine Rückmeldung. Eine Vergabe des Auftrages sollte bis Ende Februar möglich sein. Dabei sollen die Fraktionen eingebunden, die Wünsche noch einmal genau definiert und der Zeitrahmen festgelegt werden. Lassen wir den Zeitplan doch einmal so wie er ist, weil laut Mag. Stöttinger erscheint ein Start vor April nicht realistisch, wobei der Überprüfungszeitraum mindestens vier bis sechs Monate dauern sollte.

Sollte dieser Antrag heute beschlossen werden, ist um das dafür bezahlte Geld wirklich schade, weil wir in einem Monat sicher kein brauchbares Ergebnis bekommen werden. Wir müssen jetzt die dafür nötige Zeit abwarten, um gemeinsam einen geeigneten Berater zu suchen und gemeinsam die Ziele der Beratungen festzulegen. Wenn wir heute diesen Beschluss so fassen, werden wir ein Minimal-Konzept bekommen, mit diesem nicht glücklich sein und dann erst wieder in Beratung gehen. Wir werden daher diesen Antrag ablehnen.

GR. Haböck: Was im Gemeinderat alles möglich ist, wenn eine Wahl vor der Tür steht, kann heute mindestens zwei Mal gesehen werden. Ich möchte nicht so sehr auf die einzelnen Punkte dieses Antrages eingehen, sondern eine andere Sicht der Dinge darlegen. Die Diskussion über den öffentlichen Verkehr in vielen Gemeinden und Städten ist kein großes Geheimnis. Es gibt immer Wünsche, Anfragen, Kritikpunkte, Verbesserungsvorschläge seitens der Bürgerinnen und Bürger, seitens der Verwaltung und der Politik. Dass das Thema öffentlicher Verkehr in Wels immer ein großes Thema ist, ist bei einer größeren Stadt keine Frage und wird auch in Wels schon jahrelang diskutiert ohne konkrete Lösungsvorschläge.

Wir Jugendgemeinderäte (GR. Ganzert, GR. Mag. Mayerhofer und GR. Haböck) brachten in Erfahrung, dass im Verkehrsausschuss 2010 zum letzten Mal die Themen Linienverkehr bzw. Abendbus, Fahrzeitenverlängerung etc. angesprochen wurden – zeitlich weit weg von einem Wahlkampf. Wir überlegten uns, was wir als Jugendvertreter tun könnten, um dieses Thema überparteilich anzugehen. Wir trafen uns über eineinhalb Jahre mit den zuständigen Personen, weil wir neben der politischen Sicht auch die Meinungen der Eigentümer, der Betreiberfirma usw. erfahren wollten. Nachdem wir uns auf gewisse Nenner einigen konnten, waren wir der Überzeugung, dies gemeinsam noch vor der Wahl unparteilich zum Abschluss bringen zu können, weil wir erkannten, in einigen Punkten sind vier Parteien einer Meinung. Diese historische Chance muss in Wels einfach genutzt werden. Holen wir uns doch einfach das Okay der vier Fraktionsobmänner, der Betreiberfirma, der Finanziere usw. Also machten wir uns einen Termin aus. Bis zu diesem Zeitpunkt waren keinerlei Medien eingebunden, weil wir diese erst mit einer auf dem Tisch liegenden Lösung informieren wollten. Bei dem Treffen mit dem zuständigen Verkehrsreferenten erfuhren wir, dass die FPÖ-Fraktion diese von uns

schon teilweise besprochenen, von uns zum Abschluss gebrachten Punkte bereits medial verkündete.

Unser Pech, weil wir es nicht medial verbreiteten. Mich irritierte die Tatsache, dass in einer bereits fünfeinhalb Jahre laufenden Legislaturperiode anscheinend ein Wahlkampf, ein Bürgermeisterwahlkampf, ein Gemeinderatswahlkampf notwendig ist, um so ein großes Thema voranzubringen. Wir schaffen es bei so einem Thema nicht - einem Thema, bei dem wir uns in essenziellen Punkten einer Meinung sind - einen Vierparteiantrag einzubringen.

Der Verkehrsreferent bot uns einen Vierparteiantrag an. Warum kam dieser nicht zustande? Es scheiterte an der Einigung der zwei großen Parteien darüber, ob der Bürgermeister oder der Verkehrsreferent zuständig sei. Anscheinend funktioniert Politik in einem Wahljahr so. Ich muss das einfach zur Kenntnis nehmen.

Dieser Antrag der SPÖ, ÖVP und GRÜNEN wurde nun eingebracht, weil wir endlich eine Lösung wollen. Dazu stehen wir auch. Inhaltlich unterscheidet sich der Antrag zur FPÖ nicht wesentlich. Wir sind schon der Meinung, dass für Verkehrsfragen der Verkehrsreferent zuständig ist.

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Haböck! Eigentlich war meine Auffassung immer, alle Fraktionen sollten hier tätig werden. Es gab keine Debatte über die Zuständigkeit des Verkehrsreferenten und mir. Es ist ausschließlich eine Angelegenheit des Verkehrsreferenten.

GR. Weidinger: Bereits am 28.09.2010 wurde in den OÖNachrichten folgendes Statement abgegeben: „Die politische Aufregung um den sommerlichen Vorstoß von SPÖ-Bürgermeister Dr. Peter Koits zur Ausdehnung des Fahrplanes an Wochentagen von derzeit 20.30 Uhr auf 22.30 Uhr hat sich gelegt. Im Juli ging das Stadtoberhaupt mit diesem Wunsch an die Öffentlichkeit – ohne Verkehrsstadtrat Gerhard Kroiß zu informieren. Das ärgerte den FPÖ-Politiker. In den nächsten Wochen soll nun über die Ausweitung des öffentlichen Verkehrs verhandelt werden. Aber erneut gehen die beiden andere Wege. In der ersten Oktoberwoche vereinbarte der Bürgermeister einen Termin mit dem Vorstand der EWW AG.“

Am 19.10.2011 stand auf der Homepage der FPÖ der von Kollegen Mag. Teubl schon zitierte Satz: „Die GRÜNEN kauen wieder einmal auf dem alten Kaugummi, der Forderung nach Sonntags- und Abendbussen herum. Manche begreifen es nie!“ So die Originalaussage von Gerhard Kroiß. Weiters führt StR. Kroiß an: „Immer wieder höre ich, da fahren leere Busse in Wels herum und dann wollen die GRÜNEN, dass dieser Bus wieder länger fährt. Gerne, kann ich nur sagen, aber die Kosten haben dann auch die GRÜNEN zu tragen. Oder sie erklären uns, wo wir in der Stadt diesen Betrag anderswo einsparen können. Das wäre konstruktive Mitarbeit als Fraktion im Gemeinderat, aber wie ein trotziges Kind immer nur haben wollen, funktioniert nicht, wenn kein Geld da ist. Von politischen und unternehmerischen Unwillen zu sprechen, zeigt von der wirtschaftlichen Ahnungslosigkeit der Welser GRÜNEN.“ Ich möchte hier nicht die Welser GRÜNEN verteidigen, das habe ich heute gelesen, es stand 2011 auf der Homepage der FPÖ.

Erstaunlicherweise forderte die FPÖ in einer Pressekonferenz am 12.01.2015 Sonntags- und Abendbusse und präsentierte nach Vorliegen der eingehenden Zahlen, Infor-

mationen und geschätzte Kosten nachstehende Vorschläge: Abendbus, Sonntagsbus etc. Das ist wirklich sehr peinlich. Das ist der sogenannte Wahlkampf-Eiertanz und sie haben mit diesen Schritten seit Jahren den öffentlichen Verkehr großen Schaden zugefügt.

Wir brauchen einen Investitionsschub beim öffentlichen Verkehr, wir müssen diesen forcieren. Es gehören die Wartehäuschen modernisiert und wir müssen uns überlegen, ob wir eine Echtzeitanzeige bei den Haltestellen brauchen. Wie fahren wir in Zukunft mit den Bussen? Muss es der große Gelenkbus sein oder genügt dazwischen ein Kleinbus? Wie gehen wir in Zukunft mit dem Kaiser-Josef-Platz um? Das sind ganz wichtige entscheidende Themen für die Zukunft des öffentlichen Verkehrs in Wels. Zu sagen, wir lehnen den Antrag aus terminlichen Gründen ab, verstehe ich nicht ganz. Nach diesem jahrelangen Eiertanz hätte es für die Freiheitlichen gepasst, wenn sie über ihren Schatten gesprungen wären und hier zugestimmt hätten. Setzen wir uns zusammen, holen wir uns Experten und diskutieren wir darüber.

Kollege Kroiß, ich stimme dir zu, es muss nicht mit dem Wahlkampf zu tun haben. Es ist mir egal, wenn wir noch länger brauchen – bis in den Herbst oder Winter dieses Jahres. Aber wir brauchen ein ordentliches Konzept. Das sind wir der Welser Bevölkerung schuldig.

GR. Ganzert: Die Stadt Wels als siebtgrößte Stadt Österreichs mit fast 60.000 Einwohnern hat sich ein modernes, effizientes, adäquates öffentliches Verkehrssystem verdient. Ich bin sehr froh mit dem heutigen gemeinsamen Antrag der SPÖ,- ÖVP- und GRÜNEN-Fraktion endlich in der Lage zu sein, zum Ausbau und zur Stärkung des Personen- und Nahverkehrs in unserer Stadt einiges beizutragen. Wir möchten heute eine Analyse und eine Beauftragung von Expertinnen und Experten sowie die Erstellung eines Konzeptes beschließen, um für die Zukunft gewappnet zu sein, um hier Akzente im öffentlichen Nahverkehr zu setzen.

Zu StR. Kroiß möchte ich anführen, dass er seit fünf Jahren Verkehrsreferent ist. Im Jahre 2010 setzte man sich mit diesem Thema scheinbar im Ausschuss auseinander. Im vergangenen Jahr war Mag. Stöttinger bei einer gemeinsamen Besprechung anwesend und 2015 sind wir draufgekommen, dass man jetzt etwas machen will. Warum wurde in den letzten Monaten der Verkehrsausschuss über solche Dinge nicht informiert? Warum wird so ein wichtiges Thema nur mit den Fraktionsobmännern besprochen und nicht im Ausschuss?

Auf alle Fälle bin ich froh und stolz darauf, dass es uns heute hoffentlich gelingen wird im öffentlichen Personen- und Nahverkehr etwas voranzutreiben. Ich möchte nochmals unterstreichen, wie wichtig mir als junger Mensch die Ausweitung der Betriebszeiten und die Einführung eines Abendbusses ist.

Vzbgm. Dr. Rabl: Wir hörten in der Ausführung von Stadtrat Kroiß, dass die Umsetzung dieses Antrages bis zur gesetzten Frist, 27. April 2015, nicht möglich ist. Für eine ordentliche Ausführung wird auch Zeit zum Abwarten der Expertenmeinung und eines Konzeptes benötigt. Aus meiner Sicht ist es unverantwortlich diesen gegenständlichen Antrag zu beschließen, daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Dr. Rabl auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 4) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

10 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
gegen 23 Nein-Stimmen (SPÖ- ÖVP- und GRÜNE- Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer, GR. Forstinger und GR. Manfred Wiesinger sind bei dieser Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Ich bekam soeben einen Abänderungsantrag von Mag. Teubl der lautet: „spätestens aber bis 27. April 2015“ ist zu streichen. Ähnliches sagte soeben auch Vzbgm. Lehner. Ich möchte die Fraktionen ersuchen, sich Anträge bevor sie gestellt werden hinsichtlich der enthaltenen Zeit genau anzusehen. Es ist unmöglich, die von ihnen gestellten Terminvorgaben im eigenen Haus abzuarbeiten. Ich werde ansonsten von meiner Möglichkeit Gebrauch machen und die Termine so festlegen, wie ich es als Vorstand des Magistrates verantworten kann. Bitte überlegen sie sich vorher die Zeiträume, in denen realistischer Weise Themen letztendlich bearbeitet und zur Beschlussfassung zugeführt werden können. Ich ersuche diesen Abänderungsantrag der GRÜNE-Fraktion in die weitere Debatte miteinzubeziehen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich habe mich zu Wort gemeldet und laut Geschäftsordnung haben sie mich als Berichterstatter vorzuziehen.

Bgm. Dr. Koits: Nein, sie haben dann das Schlusswort und ich führe den Vorsitz.

GR. Reindl-Schwaighofer: Herr Bürgermeister hat natürlich Recht, Fristsetzungen sollten auf die Durchführbarkeit abgestimmt werden. Es wurde erst heute klar, der zuständige Verkehrsreferent verzögerte diese Angelegenheit seit Monaten und beim Schreiben dieses Antrages hätte ich nicht annehmen können, dass er in dieser Sache noch gar nichts getan hat. Das ist die wesentliche Message der heutigen Diskussion. Es gibt über Monate eine Diskussion zum Thema „Öffentlicher Nahverkehr in Wels“. Diskussionen mit Experten inklusive Zeitplan, angeregte Diskussionen durch die Gemeinderäte Haböck, Ganzert und Mag. Mayerhofer. Der Weisheit letzter Schluss der FPÖ-Fraktion ist der, zwei Anträge einzubringen, bei denen der Bürgermeister aufgefordert wird aktiv zu werden. Das ist FPÖ-Manier, wenn es im Gemeinderat darum geht, eigene Versäumnisse zu vertuschen.

Viele können sich noch an die gemeinsame Diskussion über den Fahrradverkehr in unserer Stadt erinnern. Auch hier führte nur der Druck der anderen Fraktion dazu, dass in diesem Bereich etwas gemacht wurde. Die letzten fünf Jahre Verkehrspolitik sind in der Stadt Wels ein Trauerspiel. Diese Fristsetzung ergab sich dadurch, weil wir vorher nicht glauben bzw. wissen konnten, dass diese Inaktivität des Referenten so frapierend ist.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich wollte nur begründen, warum jetzt doch dieser Abänderungsantrag erfolgte. Kollege Reindl-Schwaighofer hat es schon erklärt. Nach Vorliegen der

jetzigen Erkenntnisse ist eine solche verlangte Fristsetzung unrealistisch. Es muss ausreichend sein, wenn die Formulierung „möglichst kurzfristig“ enthalten ist. Dass dieses Konzept bzw. die Evaluierung erst jetzt in Auftrag gegeben wird, ist natürlich sehr bedauerlich. Umso erstaunlicher ist es für mich, dass der dieses Konzept herausgebende Verkehrsreferent jetzt zwei Einzelmaßnahmen herausgreift und ohne die begleitenden Maßnahmen zur Vorlage bringt.

Nun aber zur Frage von StR. Kroiß betreffend eines Schnellschusses. Ein Schnellschuss ist ein Schuss aus der Hüfte ohne genau zu zielen. Genau das ist es, wenn man sich diesen Antrag ansieht. Unter Tagesordnungspunkt 8. heißt es: Einführung eines Sonn- und Feiertagsbusses im Stundentakt von 08:55 bis 13.00 und von 13.30 bis 17.25 Uhr. Wenn das ein Stundentakt ist, dann weiß ich nicht, wie die Realisierung tatsächlich aussehen soll. Hier gibt es noch vieles zu überlegen. Der Antrag ist unausgesehen und nur deshalb eingebracht worden, weil diese Initiative der Junggemeinderäte dazwischenkam und Handlungsbedarf erzeugte.

Ich denke, dass diesem Abänderungsantrag auch die FPÖ-Fraktion zustimmen kann und ich würde mich über eine einstimmige Beschlussfassung freuen, weil das Thema zu schade ist, um damit politisches Kleingeld zu wechseln. Es geht darum zu erkennen, dass der öffentliche Verkehr in unserer Stadt mehr Bedeutung bekommen soll und dafür mehr Geld in die Hand genommen werden muss. In diesem Sinne hoffe ich auf eine breite Zustimmung.

StR. Kroiß: Ich möchte mich entschieden verwehren, wenn Kollege Reindl-Schwaighofer behauptet, es wurde hier jahrelang verschleppt und nichts getan. Dazu möchte ich einen Geschäftsordnungsantrag stellen, damit diese Wortmeldung herausgenommen wird. Du behauptest nichts gewusst zu haben – du hättest mich nur zu fragen brauchen. Schön im Hintergrund dahingrübeln und dann plötzlich erstaunt sein, dass in diesem Bereich etwas anders geworden ist.

Lieber Kollege Haböck! Wir sprachen über einen gemeinsamen Antrag. Ich meldete mich auch telefonisch, aber von eurer Seite kam nichts mehr, außer hier so zu tun, als ob es eine Diskrepanz zwischen dem Bürgermeister und mir gäbe. Über euer Konzept dieses Antrages war ich erstaunt. Natürlich hätten wir einen Vier-Parteien-Antrag gemacht, weil diese Sache bereits im Laufen ist. Und das habt ihr alle gewusst!

Dass bei diesem Abänderungsantrag jetzt der Termin 27.04.2015 wegfällt, ist in Ordnung. Allerdings stellt sich die Frage, ob wir die definierten Anforderungen vom 27. August auch herausnehmen sollen? Am 27. August waren die Anforderungen der GRÜNEN nämlich noch nicht dabei. Das heißt, wir müssten diesen Antrag nochmals dahingehend ändern, um diese definierten Anforderungen vom 27. August umlegen zu können.

Vzbgm. Dr. Rabl: Der gegenständliche Antrag ist in mehrerer Hinsicht etwas schlampig. Nicht nur die Frist passt nicht, auch die Bezugspunkte sind unrichtig und er ist in dieser Art nicht durchführbar. Das nimmt GR. Reindl-Schwaighofer zum Anlass Versäumnisse bei der FPÖ zu erblicken in Form von Vertuschungen. Die Einzigen, die etwas vertuschten, ist die SPÖ-Fraktion beim Welldorado. Herr Kollege Reindl-Schwaighofer, sie können ruhig im Saal bleiben, wenn ich ihnen etwas zu sagen habe und nicht wieder flüchten, sondern sich der Kritik stellen. Denn es ist eine Spezialität von ihnen Unwahrheiten über die FPÖ-Fraktion zu verbreiten. Wir versuchen hier eine sachliche Diskussion und



die Problempunkte und Sorgen der Welser tatsächlich abuarbeiten und uns nicht ständig gegenseitig damit anzuschütten, was wir machten und nicht machten.

Wer an sachlichen Lösungen interessiert ist, muss aufeinander zukommen, Kompromisse schließen, miteinander reden und sich nicht die ganze Zeit beschuldigen und beschimpfen. Eine Spezialität, die nicht in der SPÖ-Fraktion vorherrscht, sondern nur beim Fraktionsobmann dieser Partei. Leider macht das das ganze Leben schon etwas schwierig.

Für Dinge dieser Größenordnung werden eine Vorbereitungszeit und grundlegende Konzepte benötigt. Die Zuständigkeit liegt bei Sabtours und die Beauftragung muss durch die EWW AG erfolgen. Der Referent selbst hat als Verkehrsreferent diesbezüglich keinen Zugriff, sondern er ist auf die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister, dem E-Werk und Sabtours angewiesen. Ich glaube daher, nach Verbesserung dieses Antrages – ich hoffe es kommt noch ein weiterer Abänderungsantrag – aus der Sicht der FPÖ-Fraktion durchaus zustimmen zu können.

Bgm. Dr. Koits: Ich ersuche alle Mitglieder grundsätzlich bei ihrer Wortwahl etwas vorsichtiger zu sein. Mag. Teubl erweitert seinen Abänderungsantrag dahingehend, dass der Termin 27. August 2014 gestrichen wird. Der Antrag lautet nun:

„Der Verkehrsreferent möge die von den Fraktionsleuten definierten Anforderungen für die Beurteilung von Verbesserungen und möglichen Änderungen der Linie Wels möglichst kurzfristig dem Gemeinderat vorlegen bzw. unter Bezugnahme auf die von den Verkehrsexperten vorgebrachten Vorschläge ein Konzept für die Linie Wels entwickeln und dieses dem Gemeinderat zur Beschlussfassung präsentieren.“

Ich ersuche um Mitberücksichtigung in der weiteren Debatte.

Vzbgm. Lehner: Ich erachte diesen zweiten Abänderungsantrag definitiv nicht als notwendig. Wir besprachen am 27. August 2014 viele Maßnahmen im Bewusstsein, es ist nur eine demonstrative Aufzählung von notwendigen Dingen, die zu evaluieren sind im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Die Ergänzung durch Mag. Teubl ist gut und schön. Tatsächlich sind sämtliche Maßnahmen nicht Tatbestand des Beschlusses, denn wir kennen diese ja nicht. Wir wissen aber alle, was wir wollen. Wir brauchen nicht diese taxaktive Aufzählung der Anforderungen, sondern uns geht es darum den öffentlichen Verkehr in Wels attraktiv zu machen. Dazu braucht es eine externe Expertise. Jeder externe Experte wird sagen, dass unsere Anforderungen sehr richtig und korrekt sind, aber dieses und jenes würde ich als Experte noch oder nicht abfragen. Es ist unsinnig hier von einer definitiven Anzahl von Anforderungen zu sprechen.

Wir können das auch streichen. Wichtig ist, dass wir endlich einen Schritt weiterkommen und den öffentlichen Verkehr in Wels attraktiveren.

GR. Mag. Mayerhofer: Ich finde es spannend, wie Kollege Dr. Rabl Kollegen Kroiß als Unschuldslamm darstellt. Tatsache ist, dass die Entscheidung Verbesserungen im Welser Linienverkehr zu erwirken, immer eine politische Entscheidung ist, auch wenn das Angebot bei der Linie Wels bzw. dem E-Werk liegt. Mit beiden wurde natürlich im Vorfeld kommuniziert.

Kollege Haböck schilderte uns schon sehr genau, wie dieses Vorgehen seinen Ausgangspunkt nahm. Uns war es wichtig, faktenbasiert endlich Verbesserungen im Angebot bei der Linie Wels zu erwirken und deswegen heute dieses gemeinsame Vorgehen bei diesem Antrag auf Basis einer Expertise eine Entscheidungen zu treffen für oder gegen einen Abend- bzw. Sonntagsbus. Diese Entscheidungen sollten nicht durch irgendwelche Schnellschüsse, so wie es jetzt von der FPÖ-Fraktion wieder praktiziert wurde, getroffen werden.

GR. Schönberger: Ich verwehre mich dagegen, dass die SPÖ-Fraktion irgendwo irgendetwas vertuscht. Solche Wortmeldungen sollten einen Widerruf des Bürgermeisters erfahren. Es handelt sich dabei um eine Schmutzkübelgeschichte, die wieder einmal als Rundumschlag der FPÖ-Fraktion passiert. Als Außenstehender kommt einem dabei ein Spruch aus der Werbung „wer hat es erfunden“ bekannt vor. Darin ist die FPÖ-Fraktion einfach Weltmeister, denn jahrzehntelang hat die FPÖ sämtliche eingelangten Anträge in irgendeiner Form schon irgendwie gefordert.

Verkehr definiert sich aus der Bewegung heraus und in den letzten Jahren konnte keine Bewegung im Verkehrsreferat festgestellt werden. Wir haben heute dazu noch einen anderen Antrag auf der Tagesordnung und ich würde darüber nachdenken, ob es bei solchen wichtigen Referaten nicht dringend notwendig wäre in Zukunft ein vollwertiges Referat auch im Sinne des Referenten daraus zu machen und nicht einen Teilzeitjob. Das wäre mein Anliegen für die nächste Funktionsperiode.

GR. Haböck: Kollege Ganzert, Mag. Mayerhofer und ich nehmen zur Kenntnis, dass leider im Wahlkampf die Nerven etwas blank liegen und nach mehreren Jahren Untätigkeit dieses für uns wichtige Thema leider in einem Wahlkampfgetöse und in einer Schlammschlacht versinkt. Von uns wird es zu diesem Thema weiterhin seriöse Arbeit ohne Wahlkampfgeplänkel geben.

GR. Prof. Mag. Teubl: Es wurde sehr viel gesagt, sodass es keines großen Schlusswortes mehr bedarf. Ich freue mich ausdrücklich über die vielen Wortmeldungen, die unterstützen, dass es in Wels einen Abend- und Sonntagsbus geben soll. Ich denke, wir sollten das gut vorbereitet umsetzen und ich hoffe, alle werden sich auch nach der Wahl noch daran erinnern.

Die Abstimmungen zu Punkt 2. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 3), in dem die Passage „am 27. August 2014“ gestrichen und durch „von den Fraktionsobleuten“ ersetzt und die Passage „spätestens aber bis 27. April 2014“ gestrichen wird, wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 4) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

3.)

Öffentliche Beleuchtung – Neuinstallationen, Grundsatzbeschluss;  
Beleuchtungsprogramm 2015, Auftragsvergabe;  
Beleuchtung Bäckergasse, Grundsatzbeschluss;  
Instandhaltung von Sonderanlagen  
BauD-BauH-21-2015

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 13.01.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beschließen:

1. Das in der Anlage beigefügte Beleuchtungsprogramm 2015 wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die Neuinstallationen der Straßenbeleuchtung im Rahmen des Beleuchtungsprogramms 2015 werden zu den Preisen der Angebote vom 01.02. und 3.12.2014 mit einer Nettokostensumme von 499.983,70 Euro zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind 99.996,74 Euro, somit insgesamt 599.980,44 an die eww ag, Wels, Stelzhamerstraße 27, vergeben.
3. Der Baureferent wird bei Notwendigkeit ermächtigt – das Einvernehmen des Bauausschusses vorausgesetzt – unter Einhaltung der beschlossenen Bruttogesamtkostensumme geringfügige Änderungen vorzunehmen.
4. Die Errichtung der Beleuchtung in der Bäckergasse mit der vorgesehenen Bruttosumme von 130.000,00 Euro wird grundsätzlich genehmigt.
5. Für die Instandhaltung von Sonderanlagen werden für das Jahr 2015 Geldmittel von 300.000,00 Euro zur Zahlung an die eww ag, Wels, Stelzhamerstraße 27, genehmigt.

GR. Wartinger: Das Beleuchtungsprogramm 2015 ist eine tolle Sache. Mir gefällt die Beleuchtung in der Schmidgasse und ich freue mich über die zukünftige Beleuchtung in der Bäckergasse. Die Schmidgasse wurde durch die neue Beleuchtung an den Hauswänden hell und freundlich und der Platz kann ohne Lichtmasten anders genützt werden. Zu dem angesprochenen warmen Licht möchte ich anmerken, dass bei schlechter Sicht, Regen oder Schneefall das gelbe Licht teilweise sehr schlecht für die Autofahrer ist. Es kommt zu Gegenlicht und Radfahrer können schnell übersehen werden, daher sollte überlegt werden, ob nicht teilweise helles Licht genommen werden sollte. Das gleiche Problem besteht bei den Zebrastreifen, aber das wird in einem eigenen Tagesordnungspunkt behandelt.

Mich freut, in der Primelstraße eine neue Beleuchtung zu erhalten. Wir Bewohner waren ja immer Stiefkinder und es gehen dort sehr viele Menschen mit ihren Hunden spazie-

ren. Außerdem freut mich, dass heute sehr viele Bewohner der Mohnstraße, der Kreißstraße und der Albrechtstraße als Besucher im Gemeinderat anwesend sind. Es gab nur eine Straßenbeleuchtung, die bei weitem nicht alles ausleuchtete. Weil die ganze Straße finster war, parkten sehr viele Autos hier, die vorher beim McDonald Essen holten und ihren Müll hinterließen.

In der Kreißstraße wurden neue Lampen gesetzt und genau in der Ecke Mohnstraße/Kreißstraße wurde eine vergessen. Vielleicht wird daran gedacht, auch dort eine Lampe anzubringen.

GR. Mag. Humer: Es freut mich, dass du, lieber Andreas Rabl ein Herz für die Vogelweide hast und wir dort sehr viel investieren, denn es ist schon lange meine politische Heimat. Am Heimstättenring und in anderen Bereichen ist die Hängebeleuchtung schon in die Jahre gekommen, deshalb ist es gut, dass sich dort etwas tut. Die Vogelweide – ein lebens- und liebenswerter Stadtteil mit vielen älteren Menschen - hat sich eine neue Beleuchtung verdient. Eine gute Ausleuchtung ist auch für die Sicherheit ein wesentliches Thema und dafür steht die SPÖ-Vogelweide.

GR. DI. Leitinger: Im ersten Satz führte Dr. Rabl an, dass hart verhandelt werden musste, um dieses Beleuchtungsprogramm durchzubringen. Ich kann mir die harten Verhandlungen mit dem Finanzreferenten vorstellen. Innerhalb der Parteien musste aber nicht hart verhandelt werden, denn die Fraktionen haben die Sinnhaftigkeit hinter diesem Beleuchtungsprogramm sofort gesehen. Es geht darum, Beleuchtungslücken zu schließen und neu gebaute Straßenzüge zu beleuchten. Es geht auch darum, Schutzwege besser auszuleuchten, denn wir wissen alle, wie gefährlich es ist bei der Dämmerung einen Schutzweg zu überqueren. Wir begrüßen dieses Programm sehr mit Blick darauf, die LED-Beleuchtung weiter auszubauen, denn dadurch können 5.000 Euro pro Jahr eingespart werden. Mit Blick auf die Welldorado-Geschichte handelt es sich dabei um einen kleinen Betrag.

GR. Weidinger: Die Aussage von Dr. Rabl „die Sicherheitslücken zu schließen“, veranlasste mich zu dieser Wortmeldung. Und lieber Bernhard Humer, mein Herz schlägt für Wels und nicht nur für die Vogelweide.

Vor zwei Jahren stellten wir einen Antrag. Wer am Treppelweg, der Au entlang, an der Traunuferstraße spazieren geht oder in Richtung Pernau joggt, kennt das plötzliche Dunkelwerden bei der Osttangente. Die Pernauer möchten diese Lauf- oder Gehstrecke weiterhin benutzen. Das ist aber durch die angesprochenen Sicherheitslücken nicht möglich. Dieser Antrag wurde mit dem Hinweis auf die Kosten abgeschmettert.

Meine Damen und Herren, wir brauchen aber doch eine Beleuchtung am Treppelweg, damit wir Welserinnen und Welser den Treppelweg auch in den Abendstunden weiterhin benutzen können. Ansonsten ist der Antrag natürlich unterstützenswert, aber bei diesem Punkt zeigt unser Vizebürgermeister große Versäumnisse.

GR. LAbg. Dr. Csar: Wir freuen uns auch über die Verbesserungen in der Stadt Wels. Ganz zufrieden sind wir mit dem Beleuchtungskonzept nicht und möchten auf einige Punkte hinweisen. Die Nachtabschaltung ist immer wieder eine Störaktion mit der Problematik der Hell-Dunkelschaltung, es macht immer wieder Probleme. Bei einigen Gemeinderatssitzungen wiesen wir immer wieder darauf hin – du weißt es, hast es euphorisch verteidigt und abgewiesen -, dass am Wochenende kein Notkonzept bei einem

Stromausfall vorhanden ist. Nach deiner Aussage geht das nicht, es kostet 300.000 Euro für den Wochenenddienst durch das E-Werk.

Das stimmt nicht, du hast andere Unterlagen, denn es ist viel billiger. Hier schließt sich die Lücke zum Sicherheitskonzept. Das ist eine Frage der Sicherheit in Wels, das ist eine Frage des Wohlfühlens in Wels. Wenn man stolz ist in Wels spazieren gehen zu können, ist abends eine ausreichende Beleuchtung in der Altstadt, in der Stadt und auf Wegen nötig. Es muss für eine kräftige Ausleuchtung auf den Wegen gesorgt werden und es muss in der siebtgrößten Stadt Österreichs am Wochenende ein Notdienst eingerichtet werden können. Mich wundert, dass das bis heute nicht möglich ist. Vielleicht bringt die bevorstehende Gemeinderatswahl doch noch ein Umdenken. Das würde mich sehr freuen.

GR. Markus Wiesinger: Ich kann alles Gesagte meiner Vorredner, speziell den Notdienst, nur unterstreichen. Das ist sehr ärgerlich und für eine Stadt wie Wels nicht gerade ein Vorbild oder Ausrufzeichen. Von einer Magistratsmitarbeiterin wurde ich darauf aufmerksam gemacht mir die Amtsberichte durchzulesen bzw. nachzurechnen. Das tat ich natürlich. Dieser Antrag ist schlampig, weil ich der Meinung bin, die Bewohner der Camillo-Schulz-Straße haben sich schon fünf Lampen verdient, nur nach der Schreibweise im Amtsbericht (Camillo-Schultz-Straße) gibt es diese Straße in Wels nicht. Ich möchte als Gemeinderat nicht verantworten, dass aufgrund eines Formalfehlers diese fünf Lampen nicht aufgestellt werden. Ich hoffe, es wird im Protokoll vermerkt und vom Referenten richtiggestellt.

Vzbgm. Dr. Rabl: Lieber Markus, Schultz schreibt man nicht mit „tz“, sondern nur mit „z“. Wenn darin deine Akribie und Energie liegt, um für die Stadt etwas zu ändern, dann solltest du dabei bleiben und dir alle Amtsberichte in Bezug auf Richtigschreibung durchlesen. Da machst du sonst nichts, was der FPÖ-Fraktion schaden könnte.

Lieber Peter Csar, natürlich ist das Notkonzept am Wochenende nach wie vor ein Thema, wobei die Kosten bei ungefähr 100.000 Euro liegen. Ein Alternativanbieter ist durch einen Vertrag aus dem Jahr 1920 nicht möglich. Aus diesem Vertrag ergibt sich, das E-Werk muss die Notdienste durchführen bzw. nur das E-Werk hat den Zugang. In den letzten drei Jahren gab es zwei dokumentierte Vorfälle, wobei die Kosten für den Notdienst genauso hoch sind, wie die Kosten für den Abend- und Nachtbus.

Wir können es entscheiden, aber ich denke, die Einführung eines Abendbusses bringt mehr für die Bevölkerung. Mich verwundert diese Frage übrigens, weil wir dieses Thema schon zwei Mal im Stadtsenat diskutierten und es dort auch Vzbgm. Lehner nicht für sinnvoll hielt. Vielleicht wäre es in der ÖVP-Fraktion zielführend eine einvernehmliche Linie einzuführen bzw. zu vertreten. Es kann nicht sein, dass im Stadtsenat die Meinung A und im Gemeinderat die Meinung B vertreten wird. Das wäre für unsere Arbeit eine wesentliche Erleichterung.

Die Beleuchtungslücke in der Pernau ist mir natürlich bekannt. Leider ist das Budget derzeit trotz starker Verhandlungen mit Vzbgm. Wimmer und starker Unterstützung von Vzbgm. Lehner nicht vorhanden. Es ist aber Aufgabe des Finanzreferenten auch ab einem gewissen Punkt hart zu bleiben. Denn würde er jedem Wunsch nachgeben, wäre die Stadt Wels schon vor acht Jahren pleite gewesen. Irgendwann ist das Budget einfach ausgeschöpft. Der Treppelweg zur Pernau steht aber ganz oben auf meiner Agen-

da-Liste, weil es mir ein wichtiges Anliegen ist. Ob ich aber nächstes Mal noch Beleuchtungsreferent sein werde, wird sich weisen. Ich bin mir selber nicht ganz so sicher.

Zur Wortmeldung von Kollegin Wartinger möchte ich anmerken, dass natürlich das warme Licht eher in der Fußgängerzone geeignet ist. Für die Straßenbeleuchtung verwenden wir ein kälteres Licht, weil es dafür das bessere Licht ist. Auf jeden Fall erfüllen wir die vorgesehenen Lux der entsprechenden Ö-Normen, um eine ausreichende Beleuchtung sicherzustellen. Alleine aus haftungsrechtlichen Gründen ist uns das sehr wichtig, da ich nicht vorgeworfen bekommen möchte, ein Verkehrsunfall erfolgte wegen der schlechten Beleuchtung. Mich freut besonders, dass die Stadt Wels dir und den Bewohnern der Primelstraße eine Freude bereiten konnte mit diesem Konzept – das kommt nicht allzu oft vor.

Und auch die Vogelweide verdient sich eine neue Beleuchtung, deswegen machten wir es. Die Stadt Wels ist tätig in den Bereichen, in denen wir etwas tun können. Nach den Wortmeldungen zu schließen, werde ich zu diesem Antrag eine breite Zustimmung oder sogar Einstimmigkeit bekommen. Das beweist, dass der Magistrat und das von mir geführte Referat gute Arbeit leisten.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank! Vielen Dank auch für das Verständnis für die Budgetsituation, wobei es dir gelegentlich gelingt, das zu verbergen. Letztlich war die heute zur Beschlussfassung stehende Summe das Ergebnis der Beratungen mit der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion und alle versuchten sich entsprechend zu überbieten, haben aber letztendlich gesehen, dass das Budgetvolumen nur eine bestimmte Größenordnung verträgt.

Der Antrag (Anlage 5) zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 194)  
BZ-BauR-5006-2014

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 19.01.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (194. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) beschließen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Erklärung der laut straßenrechtlichem Verordnungsplan Nr. 708 -  
Anliegerstraße in der Ortschaft Berg - neu ausgewiesenen Verkehrsfläche  
zur Gemeindestraße sowie Auflassung einer öffentlichen Verkehrsfläche  
laut straßenrechtlichem Verordnungsplan Nr. 708  
BZ-BauR-8003-2014

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 19.01.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend die Erklärung der laut straßenrechtlichem Verordnungsplan Nr. 708 – Anliegerstraße in der Ortschaft Berg neu ausgewiesenen Verkehrsfläche zur Gemeindestraße, sowie die Auflassung einer öffentlichen Verkehrsfläche laut straßenrechtlichem Verordnungsplan Nr. 708 beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir enthielten uns im Ausschuss der Stimme und werden uns auch hier enthalten. Nicht, weil wir die konkrete Planung dieser Straße nicht gutheißen, sondern weil wir nicht die unbedingte Notwendigkeit dieser Straße sehen. Wir finden nach wie vor, dass dieses Grundstück der derzeitigen Sportanlage auch weiterhin grün bleiben und nicht bebaut werden soll. Ich weiß, die Entscheidung dazu ist längst gefallen, aber wir werden uns in dieser Angelegenheit auch weiterhin enthalten.

Vzbgm. Lehner: Danke besonders bei Mag. Teubl für die Stimmenthaltung. Er zeigt damit auch, dass er das vom Umweltschutz mit der Stadt Wels Vereinbarte respektiert, eben dort Wohnbauflächen zu schaffen. Natürlich müssen wir diese Flächen auch erschließen.

Der Antrag (Anlage 7) zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Ganzert, GR. Lindlbauer, Vzbgm. Dr. Rabl, GR. KR. Baumgartner und GR. Marehard sind bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
die Teilauflassung einer öffentlichen Straße – Dieselstraße,  
straßenrechtlicher Verordnungsplan Nr. 626  
BZ-BauR-8005-2014

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 19.01.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend die Teilauflassung einer öffentlichen Straße – Dieselstraße, straßenrechtlicher Verordnungsplan Nr. 626 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

7.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Einführung des „Abendbusses“ bzw. Verlängerung der Betriebszeiten  
der Linie Wels auf den Hauptlinien 1, 2, 3 und 4 bis 22.25 Uhr  
DI-Verf-032-2015

StR. Kroiß: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Verlängerung des Abendbusses und das Ersuchen an den Herrn Bürgermeister, die schon seit dem Spätsommer geführten Gespräche mit der eww ag und der Linie Wels positiv zum Abschluss zu bringen. Bei diesen Gesprächen kristallisierten sich mehrere Schwerpunkte heraus, wie eben die Einführung dieses Abendbusses, wobei das vorhin erwähnte Konzept bis Ende 2014 ausgeschrieben und an die entsprechende Firma hätten vergeben werden sollen. Leider ist das nicht gelungen. Zwischenzeitlich erhielten wir von der Linie Wels die Kosten für die Verlängerung des Abendbusses der Hauptlinien 1, 2, 3 und 4 bis 22.25 Uhr, von Montag bis Freitag, diese betragen 75.000 Euro und an Samstagen nochmals 60.000 Euro. In Summe also 135.000 Euro. Alle Fraktionen bekennen sich zu diesem Abendbus auf Grund des verstärkten Kulturangebotes, wie Theaterbesuche, Tanzveranstaltungen, und den Wünschen der Bevölkerung, länger mit dem Bus in und aus der Stadt fahren zu können. Dadurch wird sich sicher auch das Mobilitätsverhalten der Bürger verändern, nämlich weg vom PKW und hin zum öffentlichen Verkehr.

Befürworten wir hier ausdrücklich eine Verlängerung des Abendbusses und ersuchen den Bürgermeister mit diesem Antrag die Gespräche positiv zum Abschluss zu bringen, weil das natürlich immer in Abstimmung mit der eww ag und der Linie Wels erfolgen muss. Aufgrund der Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 2. bin ich sehr zuversichtlich, dass diesem Antrag die Zustimmung erteilt wird.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen, weil diese Angelegenheit in die Verhandlungen einfließen sollte.



Der oa. Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 9) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Behandlung bzw. Beratung wird mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 9 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Josseck-Herdt, GR. Manfred Wiesinger, Vzbgm. Lehner und GR. LAbg. Dr. Csar sind bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

8.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Einführung des probeweisen Sonntags- und Feiertagsbusses  
der Linie Wels auf den Hauptlinien 1, 2, 3 und 4  
DI-Verf-033-2015

StR. Kroiß: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es auch um das Thema des öffentlichen Verkehrs, um das Thema des Sonntagsbusses mit gleicher Thematik – Gespräche seit dem Spätsommer. Dazu gibt es die verschiedensten Meinungen. Die einen befürworten diesen Sonntagsbus, weil in einer Stadt wie Wels auch an einem Sonntag ein öffentlicher Verkehr möglich sein muss. Die Gegner meinen es sei hinausgeschmissenes Geld, weil mit dem wesentlich günstigeren Sammeltaxi das Auslangen gefunden wird. Die Wahrheit wird irgendwo in der Mitte liegen. Die Kosten für den Sonntagsbus betragen ca. 180.000 Euro im Jahr, wenn die Hauptlinien von 08.55 Uhr bis 17.25 Uhr unterwegs sind. Das ist natürlich viel Geld und gerade für den öffentlichen Verkehr müssen wir dieses Geld sinnvoll einsetzen.

Diese Debatte über den Sonntagsbus gibt es ja schon sehr lange, aber bis jetzt wurde noch kein Probetrieb gemacht, um zu sehen, ob die Welser Bürgerinnen und Bürger diesen Sonntagsbus auch tatsächlich annehmen. Dieser Probetrieb eines halben Jahres sollte von der ruhigeren Sommerzeit bis Ende der Weihnachtszeit dauern. Ich finde diesen Probetrieb gerade jetzt so sinnvoll, weil wir auf der anderen Seite dieses Konzept beschlossen haben. Der Zeitpunkt für dieses Konzept ist so wichtig, da auch bei der gesamten Überprüfung der Sonntagsbus miteinbezogen wird und wir dadurch wissen, ob sich der Sonntagsbus auszahlt. Wir wissen dann genau wie viele WelserInnen den Bus benützen und mit welchen Kosten wir zu rechnen haben. Jedoch müssen wir dann so ehrlich sein, wenn das Verhältnis der Fahrgäste in keinem Verhältnis zur Wirtschaftlichkeit steht und dieser Bus am Sonntag nicht angenommen wird, von diesem Angebot zurückzugehen und das Sammeltaxi verstärkt bewerben.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der oa. Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 10) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Behandlung bzw. Beratung wird mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 9 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Dr. Rabl, GR. Manfred Wiesinger, GR. DI. Haydinger, Vzbgm. Lehner und GR. LAbg. Dr. Csar sind bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

9.)

Straßenbauprogramm der Stadt Wels für das Jahr 2015;  
Grundsatzbeschluss  
BauD-BauS-21-2015

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss vom 20.01.2015:

Das in der Anlage beigefügte Straßenbauprogramm 2015 wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Schatzmann: Das Straßenbauprogramm für 2015 ist sehr ambitioniert mit 5,3 Mio. Euro vorausgesetzt, dass die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Im Ausschuss herrschte Einigkeit bis auf die Stimmen der GRÜNEN, die sich enthielten. Interessant ist, dass im Gemeinderat immer wieder Forderungen seitens der SPÖ aufgestellt werden, welche im Ausschuss behandelt wurden. Siehe die Forderung Wallerer Straße / B 137. Das Land hat beide Forderungen, sowohl Kreisverkehr als auch die Ampellösung abgelehnt. Das wurde im Ausschuss erörtert. So sehe ich nur reinen Populismus. Die Lösung von Architekt DI. Odorizzi mit der Absenkung der Fahrbahn ist sehr gut, allerdings würde die Umsetzung über 5 Mio. Euro kosten und ist zurzeit unfinanzierbar. Es sollte sehr wohl überlegt werden, welche Forderungen immer wieder gestellt werden, speziell wenn man von vornherein weiß, dass diese nicht umsetzbar sind. Hier geht es wohl nur darum dem Referenten eins auszuwischen.

GR. Mag. Humer: Auch die SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird diesem sehr ambitionierten Straßenbauprogramm 2015 zustimmen. Dieses ist sehr ausgewogen, es geht um viel Arbeit für die fleißigen Mitarbeiter in der Straßenmeisterei.

Das Frostschadenthema wurde bereits angesprochen. Hinweisen möchte ich auch auf das Thema Feinbeläge. Nach Rücksprache mit Experten ist gerade durch das Aufbringen des Feinbelages auf der groben Tragschicht in der Zukunft auf jenen Straßen, die

in die Lastklasse 2 fallen - das sind solche Straßenzüge, die vermehrt von LKW befahren werden - viel Geld zu sparen. Natürlich entstehen zuerst Mehrkosten. Aber mittel- bis langfristig können wir Geld einsparen. Bei Straßen der 2er-Klasse – wie Boschstraße, Mitterhoferstraße, gibt es bereits Feinasphaltbeläge. Mit diesen Feinasphaltbelägen werden auch Frostschäden vermieden – lt. Aussage von Kollegen Ing. Zauner-Penninger. In diesem Sinne sollten wir gerade in den nächsten Jahren eine Evaluierung durchführen – das ist durchaus sinnvoll und vernünftig.

Respekt und Anerkennung verdienen die Straßenbauarbeiter. In dem Sinne ein Dankeschön an diese Kollegen. Sie leisten tolle Arbeit – hier gehört auch seitens der Politik ein Dank ausgesprochen.

GR. Pernkopf: Das Straßenbauprogramm 2015 ist in Summe notwendig und richtig. Aus unserer Sicht wäre vielleicht dort und da eine andere Prioritätensetzung notwendig, beispielsweise die Neinergutstraße. Die Neinergutstraße (800 m) ist ein Lückenschluss und wäre aus unserer Sicht ein sehr wichtiger Punkt für einen Rad- und Gehweg, da dort die Verkehrssicherheit nicht gegeben ist. Wenn man sich die geplanten Bauten in der Laachen oder das Sportstadion Wimpasing anschaut, dann ist dies eine Notwendigkeit und ein Gebot der Stunde dort etwas zu tun. Das sind Fakten, die der Verkehrsreferent leider nicht hört und dementsprechend nicht tätig wird. Ich weiß, der Anfang wurde gemacht südlich der Getreidestraße. Dies ist nur ein kleiner Hauch, aber nicht die Lösung des Problems.

Die jungen Menschen, die zwischen Sportstätte, Siedlung Laachen, Richtung Neustadt und umgekehrt fahren werden, sollen sicher unterwegs sein. Daher hätte dieser Rad- und Gehweg erste Priorität. Ich weiß, es geht um das Budget, um die Bedeckung der Vorhaben, aber hier würde ich mir erwarten, dass der Verkehrsreferent mehr Kompetenz zeigt und dies dementsprechend schnell umsetzt.

GR. Schönberger: Froh bin ich bei diesem Straßenbauprogramm auf die Entschärfung der Straßenzüge Oberfeldstraße – Grieskirchner Straße durch einen Kreisverkehr. Bei Umsetzung des Kreisverkehrs hoffe ich auch für die Bewohner aus der Straubinger Straße eine Lösung zu finden, beispielsweise durch eine Ampel. Diese Überlegungen sollten miteinbezogen worden sein.

GR. Weidinger: Bei Durchsicht des gegenständlichen Amtsberichtes suchte ich mir das Straßenbauprogramm 2014 heraus und verglich diese miteinander. Dabei fiel mir auf, dass diverse Gehsteige bereits im Programm 2014 enthalten waren. Beispielsweise Gehsteige in der Römerstraße, Bichlwimmer Straße, Vogelweider Straße. Auch der Radweg auf der Vogelweiderstraße, von Billrothstraße bis zur Römerstraße, war im Programm 2014 bereits enthalten usw. und sofort.

Jetzt weiß ich nicht, war das Geld zu wenig oder woran lag es, dass wir mit dem vorgesehenen Geld für das Straßenbauprogramm 2014 nicht auskamen und nun Teile 2015 nochmals enthalten sind? Ich nehme an, dass dies witterungsbedingt war oder es diverse Umstände gab. Sonst müsste ich nun sagen, das ist kein ambitioniertes Straßenbauprogramm sondern eher eine Pflichtkür.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir werden uns bei der Abstimmung zu diesem Straßenbauprogramm der Stimme enthalten. Natürlich sind viele dieser Vorhaben sehr lobenswert. Das Programm ist zu einem guten Teil notwendig, aber wir glauben, dass es hier eine

andere Prioritätensetzung geben sollte und dass insbesondere auch darüber nachgedacht werden muss, in Zukunft dieses Programm nicht mehr nur Straßenbauprogramm zu nennen, denn es werden Gehsteige, Radwege und andere Maßnahmen ebenfalls finanziert. Hier müssen wir leider sagen, dass Gehsteige und Radwege doch immer ein wenig ein Schattendasein fristen und der Fahrbahnbau für den Automobilverkehr eindeutig Vorrang hat. Natürlich sind die Kosten für das Straßenbauprogramm enorm. Nach Durchsicht des Amtsberichtes kommt man auf die Summe von 5,3 Mio. Euro in diesem Jahr. Ich möchte mir nur die Bemerkung erlauben - vor diesen 5,3 Mio. Euro, die wir für den Straßenbau in einem Jahr ausgeben, dürften 180.000 Euro für einen Sonntagsbus doch auch irgendwo vertretbar sein.

StR. Kroiß: Kollege Mag. Teubl, das Straßenbauprogramm heißt deshalb so, weil zu einer Straße alles dazugehört, beginnend beim Gehsteig bis zu den Fahrbahnen. Kollege Weidinger, natürlich gibt es Gehsteige und Radwege, welche in den Jahren 2014 und 2015 genannt wurden. Einerseits haben wir das Problem der Budgetierung, andererseits aber auch das Problem des Grundstückankaufes. Wir erhalten manche Grundstücke nicht so rasch wie wir erhoffen; aufgrund dessen können manche Gehsteige und Radwege nicht so schnell errichtet werden, wie wir uns das wünschen. Das trifft auch auf die von Kollegen Schönberger angesprochenen Straßenzüge Grieskirchnerstraße, Oberfeldstraße zu. Hier sind wir auf den Grundstücksverkauf angewiesen.

Kollege Pernkopf, bei dem Thema Neinergutstraße hast du Recht. Dieser Lückenschluss fehlt uns bereits seit längerem. In diesem Bereich ist ein Wohnbau geplant und mit dieser Planung sollte der Lückenschluss erfolgen. Deshalb diese Verzögerung.

Danke an die Mitarbeiter des Hauses Magistrat für die geleisteten Arbeiten. Das Thema Feinbelag müssen wir noch einmal besprechen. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 11) wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Dr. Rabl, Vzbgm. Lehner und GR. LAbg. Dr. Csar sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

10.)

Hauptbahnhof Wels;  
Planung Park & Ride Anlage Parkdeck  
BauD-677-2014

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss vom 20.01.2015:

Der Abschluss des Vertrages (Zl: SAE RL Nord 50-2014) zwischen der ÖBB-Infrastruktur AG, 1020 Wien, Praterstern 3, und der Stadt Wels, 4600 Wels, Stadtplatz 1, für die Planung der Park & Ride – Anlage als Parkdeck in Wels mit einem Kostenzuschuss von 225.000,00 Euro wird genehmigt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Gerade vorhin postete ich im Facebook „ein guter Tag für den öffentlichen Verkehr in Wels“. Das müsste ich jetzt fast noch einmal posten, wenn ich mir anschau, dass nun möglicherweise Einigkeit über den Beschluss für die Errichtung dieses Parkhauses herrscht. Tatsächlich ist dies eine alte Forderung von uns GRÜNEN, aber natürlich auch von den anderen Fraktionen. Ich freue mich, dass dieser Vertrag zu einem Abschluss kam und dass damit am Hauptbahnhof Wels endlich eine andere Parkplatzsituation entsteht. Das nicht nur für die BewohnerInnen der Neustadt, die natürlich unter den vielen parkenden Fahrzeugen in ihrer Gegend „stöhnen“, sondern vor allem auch für die PendlerInnen und für die jetzigen und zukünftigen NutzerInnen der Bahnverbindungen von Wels ausgehend.

Der Bahnverkehr hat sich in den letzten Jahren extrem verbessert, er ist deutlich mit dem Auto konkurrenzfähig geworden. Inzwischen haben wir beschleunigte Verbindungen nach Wien und nach Salzburg, es gibt eine Direktverbindung zum Flughafen Wien. Obendrein gibt es einen neuen Anbieter und damit eine kostengünstigere Alternative, dementsprechend wuchsen die Fahrgastzahlen. Ich hoffe diese Zahlen wachsen noch mehr, wenn die Parkplatzsituation in der Neustadt durch dieses Parkhaus entschärft wird.

Dass diese Investition wirklich sehr viel Geld kostet, ist uns allen bewusst. Aber dass diese Investition eine Investition in die Zukunft ist, wissen wir auch. Daher unser Ja zu diesem Tagesordnungspunkt.

GR. Hoflehner: Zu Beginn meiner Worte gestatte ich mir einen Artikel aus den TIPS vom 29.12.2014 zu zitieren: Baustart Jänner 2016 – Kurz vor Weihnachten gab es ein Geschenk für die Benützer des Bahnhofes der ÖBB. Das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur und die Stadt Wels einigten sich auf die Errichtung eines Parkdecks.

Wenn wir nun das Ergebnis betrachten und nicht den Weg, dann möchte ich dies auch so belassen. Nach langen Jahren gibt es für die Betroffenen eine Vision, eine Aussicht auf Besserung.

Das in Wels zu errichtende Parkdeck ist nicht das erste in Österreich. Tatsächlich ist es eines der letzten Parkdecks, die bei einem Bahnhof dieser Größenordnung errichtet werden.

Heute beschließen wir nun diesen Planungsvertrag, die wirtschaftliche Komponente ist nicht billig. Aber wir sollten es im Sinne und zu Nutzen der Welser Bevölkerung, die das öffentliche Verkehrsmittel Bahn benutzen, und insbesondere der Neustädter Bevölkerung nun realisieren.

Es sind noch Fragen, wie Errichtungskosten, laufende Betriebskosten, wer ist der Betreiber dieses Parkhauses, wer hält dieses instand, wer wartet es zu welchem Preis usw., zu klären. Es gibt viele Parkdecks, die an den öffentlichen Verkehr angebunden

sind, die für die Nutzer der Bahn entweder gratis oder sehr kostengünstig angeboten werden. Eines der letzten Beispiele eines eröffneten Parkdecks ist Bruck a.d. Muhr. Dort kostet der tägliche Nutzungspreis 1 Euro für Bahnkunden. Die Jahresgebühr beträgt 100 Euro. Das wären in etwa Beträge, die wir uns auch für Wels vorstellen könnten.

Im vorhin zitierten Artikel heißt es weiter: „Zitat StR. Kroiß: Dieses Parkdeck ist ein Schritt. Die SPÖ hat dies aber nicht alleine geschafft.“ Ja, das stimmt! Gott sei Dank schafften wir das nicht alleine, weil wir ja im Gemeinderat sehr oft erwähnen, wir vertreten die Anliegen der Welser BürgerInnen. Am meisten geschafft haben dies jedoch die Welser BürgerInnen selbst, indem sie sich dieser Sache annahmen und einen dementsprechenden Druck auf uns Gemeinderäte, insbesondere auf den Verkehrsreferenten ausübten, damit nach nunmehr geraumer Zeit dieses Projekt gestartet werden kann.

Für einen Neustädter ist jedoch diese Geschichte noch lange nicht zu Ende. In einem von mir gestellten Antrag gab es noch einen zweiten Teil, nämlich die Forderung für ein Verkehrskonzept für die gesamte Neustadt. Dazu darf ich nochmals den Verkehrsreferenten zitieren: „Wir arbeiten schon länger an einem Gesamtkonzept für die Neustadt.“ Nach unserer Diskussion bin ich mir jedoch ein wenig unsicher geworden. Vielleicht könnte der Verkehrsreferent dies präziser formulieren, nicht wie lange ihr schon daran arbeitet, sondern wann diese Arbeit abgeschlossen sein wird.

GR. Pernkopf: Knapp 10 Jahre bin ich nun in diesem Gremium tätig. In vielen Wortmeldungen wies ich immer wieder darauf hin wie notwendig dieses Parkdeck ist. Ich freue mich, dass es nun endlich so weit ist. Es wird eine massive Entlastung für die Neustadt sein.

Vzbgm. Lehner: Über den Beschluss dieses Planungsvertrages bin auch ich sehr froh. Nach intensiver Durchsicht dieses Planungsvertrages vor dem Verkehrsausschuss, beschließen wir ja nicht nur einen Planungsvertrag, sondern wir verweisen mit diesem Beschluss bereits auf eine Realisierung. Es handelt sich um einen Realisierungs- und Betreuungsvertrag mit den ÖBB. Ursprünglich war es so, dass die Stadt Wels sämtliche Kosten für den Betrieb, für die Instandhaltung und für die Wartung zu tragen hat. Ausdrücklich bedanken darf ich mich dafür bei Herrn Baudirektor Karl Pany, der im jetzt vorliegenden Beschlussantrag es so präziserte, dass genau diese Punkte noch zu diskutieren sind. D.h. wir liefern uns mit diesem Vertrag, der immerhin auf 50 Jahre abgeschlossen werden wird, nicht aus. Dieser formulierte Zusatz von Herrn Baudirektor ermöglicht es uns noch über Kosten, Zuschüsse, Systembauweise, Erwerb der Rechte, Grundstück, Nutzung und Betrieb bzw. über die Instandhaltung mit den ÖBB zu verhandeln. Damit können wir einerseits die wichtige Planung vorantreiben, andererseits sind wir in Bezug auf die Steuergelder sorgsam und geben nicht alle Trümpfe sofort aus der Hand.

GR. KR. Baumgartner: Erstens: „Gut Ding braucht Weile!“ Zweitens möchte ich die Frage beantworten „Wer hat’s erfunden.“ – Wir haben es erfunden! Ich meine nicht die Welser Freiheitlichen, sondern die Neustädter Kaufmannschaft. Diese arbeitete bereits 1994/1995 sehr aktiv daran den Bereich Neustadt attraktiver zu gestalten. Wir luden im Zuge dieser Beratungen einen jungen Architekten ein, der uns ein Konzept präsentierte. Darin war auch der Neubau Bahnhof enthalten. Gerade dieser Architekt schlug uns damals bereits vor, ein Parkdeck in der Neustadt zu bauen, just entlang der Gärtnerstraße – so wie es jetzt geplant ist.

Soweit ich informiert bin, waren im Verkehrsausschuss alle Mitglieder für einen Bau dieses Parkdecks. Es wissen auch alle, mit den ÖBB zu verhandeln bedeutet „dicke Bretter bohren“. Erwähnt wurde bereits, dieses Parkdeck in Wels ist nicht das erste in Österreich. Bei den ÖBB gab es eine gewisse Entwicklung in Richtung Bedarf eines Park & Ride Systems für Pendler. Das Ergebnis liegt nun vor.

GR. Weidinger: Wir unterstützten immer die Forderungen der Neustädter. Deshalb bin ich sehr froh, dass dieser Planungsvertrag unterschrieben wird. Der Bevölkerung sind wir noch das Verkehrskonzept in der Neustadt schuldig. Dieses muss vorangetrieben werden. Es ist wichtig, dass die Neustädter die von uns gesetzten Impulse wahrnehmen und eine Entlastung der Bevölkerung stattfindet.

Vzbgm. Wimmer: Zur Mitteilung von Kollegen Mag. Teubl über die Direktverbindung nach Wien-Schwechat darf ich anmerken: Persönlich konnte ich kürzlich feststellen, dass am Flughafen Frankfurt für eine dreimal tägliche ICE-Direktverbindung nach Wels geworben wird. Das freut mich als Welser natürlich ganz besonders.

StR. Kroiß: Vorerst danke für die durchaus positiven Rückmeldungen. Mein besonderer Dank gilt Herrn Baudirektor DI. Karl Pany, der bei sämtlichen Verhandlungen mit den ÖBB dabei war. Ich bitte um Abstimmung.

Einstimmig angenommen.

Aufgrund ihrer stimmlichen Indisposition ersuchte StR. Raggl-Mühlberger StR. Kroiß zum Tagesordnungspunkt 11. zu berichten.

11.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Einführung eines Frühwarnsystems „Schul.Info SMS“ ab  
dem Schuljahr 2015/2016 in den Neuen Mittelschulen und  
der Polytechnischen Schule  
DI-Verf-028-2015

StR. Kroiß: Bei diesem Antrag geht es darum, dass ab dem Schuljahr 2015/2016 ein Frühwarnsystem Schul.Info SMS in den Neuen Mittelschulen und in der Polytechnischen Schule eingeführt werden soll. Die anfallenden Kosten im ersten Jahr sollen übernommen werden.

Dieses Frühwarnsystem ist eine Initiative mit der versucht werden soll, dem Schulschwänzen entgegenzuwirken. Dieses SMS-Service kann natürlich nur mit Einverständniserklärung der Eltern verwendet werden. Rund die Hälfte aller Wiener Schulen verwendet diese SMS-Verständigung. Offenbar mit Erfolg, weil die Fehlstunden lt. Stadtschulrat zurückgingen. Diese Initiative soll der Verbesserung der Kommunikation unter den Schulpartnern dienen, soll ein positives Feedback verstärken und die Eltern aktiv in diese Aktivitäten einbinden. Dieses SMS-Service ist nur eines von vielen Initiativen, mit der versucht werden soll gegen das Schulschwänzen als Vorstufe eines mögli-

chen Schulabbruches vorzugehen. Wie weit dieses SMS ausgebaut und verwendet wird, hängt nicht mehr von der Politik alleine ab sondern hauptsächlich von den Schulen und von den Eltern.

Wie gesagt – ohne Einverständniserklärung kann niemand verpflichtet werden, weil ja mit privaten Handynummern vorgegangen wird. Ich bitte um Diskussion.

GR. Reindl-Schwaighofer: Das ist eine gute Idee – deshalb wird die SPÖ-Gemeinderatsfraktion diesen Antrag auch unterstützen. Den LehrerInnen wird ein Instrument in die Hand gegeben, um damit unmittelbar mit den Eltern zu kommunizieren.

GR. Prof. Mag. Teubl: Auch seitens der GRÜNEN wird diesem Antrag zugestimmt. Aus meiner eigenen Praxis als Lehrer kann ich sagen, wie schwierig es ist mit den Eltern Kontakt zu halten. Es gibt Verständigungen über einen schlechten Schulerfolg, über Schulveranstaltungen usw. Wenn Eltern informiert werden wollen, wenn ihre Kinder die Schule nicht besuchen, ist das problematisch. Man gibt einen Zettel her, der soll unterschrieben werden, er kommt nicht zurück, er kommt schon zurück, er kommt mit einer gefälschten Unterschrift zurück – alles das kann man vermeiden und sich sparen, wenn dieses Frühwarnsystem realisiert wird.

Dass die Ausführung sehr schwierig sein wird - jedes einzelne SMS muss direkt geschrieben werden - ist klar. Mit einer solchen App sollte es einfacher gehen und ich denke, dass dies wirklich eine Erleichterung sein kann. Für mich ist allerdings wichtig, es nicht verpflichtend vorzuschreiben, sondern die Schulgemeinschaft soll selbst darüber entscheiden, ob es eingeführt werden soll oder nicht – dann ist das sicherlich sehr zu begrüßen.

StR. Zaunmüller: Es wird sie vielleicht ein wenig überraschen – ich teile grundsätzlich jede Initiative, die verhindert, dass in den Welser Pflichtschulen das Schulschwänzen verringert oder im Idealfall sogar abgestellt werden kann.

Die PädagogInnen, die in den Pflichtschulen oder im Polytechnikum arbeiten, wissen es, das Schulschwänzen ist grundsätzlich ein Problem der 4. Klassen NMS, manchmal auch 3. und es ist unter Umständen auch ein Problem im Polytechnischen Lehrgang. Es ist in der Regel in den 1. und 2. Klassen NMS kein Problem – Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel. Der vorliegende Antrag ist meiner Meinung nach unpräzise und unscharf, denn es steht geschrieben: Die Stadt Wels möge im Schuljahr 2015/2016 das Frühwarnsystem Schul.Info SMS in den Neuen Mittelschulen und der Polytechnischen Schule einführen und die dafür anfallenden Kosten übernehmen.

Meine Damen und Herren, gehen sie jetzt bitte ergebnisoffen mit ihren Gedanken um, die Stadt Wels kann dieses System in den Welser Pflichtschulen nicht einführen. Die Stadt Wels kann maximal der jeweiligen Schule anbieten die Kosten für dieses System zu übernehmen. Bitte überlegen sie das in ihrer Beschlussfassung.

Kollege Mag. Teubl sprach dies bereits an: Es ist tatsächlich nur ein Akt der Freiwilligkeit, denn die Schule muss einen entsprechenden Kommunikationsweg finden, d.h. die Schule hat die Mitteilungspflicht gegenüber den Eltern bzw. den Erziehungsberechtigten. In welcher Form die jeweilige Schule das macht, ob mit einem Mitteilungsheft oder allenfalls mit dieser technischen Neuerung, ist nicht Angelegenheit der Stadt Wels. Es ist lediglich die Angelegenheit der Schule und der entsprechenden Gremien, nämlich



der sog. Schulpartnern. Die Stadt Wels hat hier gar nichts vorzugeben. Also nur ein absolut hoher Grad an Freiwilligkeit – bitte dieses Argument zu berücksichtigen – ermöglicht auch eine Sinnhaftigkeit. Was habe ich davon, wenn 40 oder 50 % der Eltern dem zustimmen und 60 % der Eltern dem nicht zustimmen. Da komme ich in eine Situation, die für die Schulverantwortlichen ziemlich interessant ist zu bearbeiten. Wir brauchen selbstverständlich eine Einverständniserklärung der Eltern. Das bedeutet auch, dass die Eltern eine Telefonnummer oder eine E-Mail-Adresse bekanntgeben müssen.

Jedoch halte ich das persönliche Gespräch zwischen Lehrern, Direktion und Eltern für unverzichtbar und ganz wichtig. Ein technisches Hilfsmittel, wie die Schul.Info SMS ersetzt das auf keinen Fall. Wenn damit das Schulschwänzen verhindert werden soll, habe ich meine Zweifel ob dies wirklich so gelingt. Denn Eltern aus bildungsfernen Schichten reagieren bereits heute nicht auf Eintragungen im Mitteilungsheft, auf das Ersuchen der Direktion oder des Lehrers in die Schule zu kommen. Eines verspreche ich ihnen, diese reagieren auch nicht auf ein SMS, welches von der Schule kommt.

Ein letzter Aspekt – damit wird der Aufwand der Schule ziemlich groß: Dieses Schul.Info SMS wird sehr gerne als Ersatz für das Mitteilungsheft verwendet. D.h. eine enorme Anzahl an Informationen muss von der Schule, vom Administrator jeweils unterschiedlich nach Schulstufen an die Eltern der SchülerInnen übermittelt werden.

Drittens fehlt mir in diesem Antrag, daher bezeichne ich diesen als unscharf, die Angabe der Kosten, die durchaus nicht unerheblich sind. Wenn die eine oder andere Fraktion eine vorgefasste Meinung zu diesem Thema hat, ich halte es für vernünftig diesen Antrag, der dem Grunde nach durchaus begrüßenswert ist, in einem Ausschuss noch einmal sauber zu beraten, bevor wir uns hier mit einem Beschluss festlegen.

GR. Markus Wiesinger: Aufgrund der vorgebrachten Aspekte des Herrn StR. Zaunmüller stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Markus Wiesinger auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 13) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

12 Ja-Stimmen (ÖVP-Fraktion, Bgm. Dr. Koits, Vzbgm. Wimmer, GR. Forstinger, GR. Kirchmayr)

gegen 21 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion, GR. Reindl-Schwaighofer, GR. Lindlbauer, GR. Mag. Lipp, GR. Wildfellner, GR. Mag. Humer, GR. Brenner-Nerat, GR. Schönberger)

abgelehnt.

GR. Buttinger, GR. Hoflehner und GR. Ganzert waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Die von Kollegen Zaunmüller vorgebrachten rechtlichen Informationen sind natürlich richtig. Die Stadt Wels ist für die Einführung dieses Schul.Info SMS rechtlich nicht zuständig. Unterstützenswert ist dieses Frühwarnsystem dennoch. Deshalb stelle ich folgenden Zusatzantrag:

„Dieses Angebot möge der Pflichtschulinspektorin zur gemeinsamen Beratung übergeben werden.“

Vzbgm. Dr. Wimmer: Ich darf nun präzisieren. Der Zusatzantrag lautet, dass als letzter Satz der Begründung des Initiativantrages eingefügt wird:

„Dieses Angebot möge der Pflichtschulinspektorin zur gemeinsamen Beratung übergeben werden.“

Bitte diesen Zusatzantrag in der weiteren Debatte zur berücksichtigen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wer ist gemeinsam?

Bgm. Dr. Koits: Die Stadt Wels und die Pflichtschulinspektorin.

StR. Kroiß: Dieser Initiativantrag war ja als Akt der Freiwilligkeit geplant. Die Stadt Wels kann weder die Eltern noch die Schüler dazu zwingen. In der Begründung steht bereits, dass dies eine Initiative darstellt, mit der versucht werden soll dem Schulschwänzen entgegenzuwirken.

Die Kosten betragen pro Schüler 2,50 Euro, d.h. pro Semester ca. 3.500 Euro.

GR. LAbg. Dr. Csar: Danke dem StR. Zaunmüller für seine Ausführungen, insbesondere warum der Gemeinderat für diese Einführung des Systems nicht zuständig ist.

Ich könnte nun Herrn Vzbgm. Dr. Rabl zitieren, der bei einem anderen Antrag sagte: „... das ist ja ein schlampiger Antrag!“ Wie würdest du diesen von der FPÖ eingebrachten Antrag nun bezeichnen? Ich glaube dieses Argument ist bei diesem Antrag sehr zutreffend, wir würden damit nur warme Luft verbreiten, der Bevölkerung Sand in die Augen streuen und so tun, als ob wir als Stadt es bestimmten könnten, ob die Eltern der Schüler diese SMS-Nachrichten lesen. Der vorgebrachte Zusatzantrag bringt dies nun auf den Punkt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wenn ich nach Hause komme, muss ich einmal auf den heutigen Mondkalender schauen, damit ich mir erklären kann, warum die Mitglieder des Gemeinderates heute so auf Präzision in den Anträgen drängen.

Das eigentliche Problem besteht nur darin, dass die Stadt Wels dieses Frühwarnsystem nicht einführen sondern nur anbieten kann. Durch eine Veränderung eines einzelnen Wortes in diesem Antrag (statt „einführen“ nunmehr „anbieten“) wäre die Präzision hergestellt. Die Kosten von 2,50 Euro pro Schüler werden sicher nicht das Problem sein.

StR. Kroiß: Ich sehe diesen Antrag nicht als schlampig, er gehört noch präzisiert. Danke an den Herrn Bürgermeister für diesen Zusatzantrag. Bitte um Abstimmung.

Der Zusatzantrag (Anlage 14) wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 13) wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Stadtrat Walter Zaunmüller

12.)

Firma Trodat GmbH, Wels, Linzer Straße 156;  
Subvention für das Richard Wagner Festival 2015  
KB-K-50-2015

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss vom 19.01.2015:

Der Firma Trodat GmbH wird für das Richard Wagner Festival 2015 eine Förderung in Höhe von 80.000,00 Euro gewährt.

Die Auszahlung der Subvention erfolgt nach Beschlussfassung in zwei Raten.

Zwischen der Stadt Wels und der Fördernehmerin ist eine Förderungsvereinbarung abzuschließen.

Ein Nachweis über die widmungsgemäße Verwendung der Gesamt-Förderung 2015 ist in Form einer Gesamtabrechnung (Einnahmen-Ausgaben) und durch Vorlage von Originalbelegen zu erbringen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Erwähnen möchte ich doch, dass wir – das Land Oberösterreich und die Stadt Wels – seit Jahren das Wagner Festival, welches sehr gelobt wird und künstlerisch hochwertig ist, mit sehr hohen Beträgen fördern. Deshalb erstaunte mich der „Rundumschlag“ der Intendantin doch sehr, wie ich den Zeitungen entnehmen konnte. Für mich ist beschämend, dass wir als Stadt über Jahre dieses Festival mit einer sehr hohen Summe fördern, dann wird uns ausgerichtet, dass wir nicht erkennen wie wertvoll dieses Festival ist, wie wunderbar es ist und dass eigentlich das Geld immer noch zu wenig ist. Meiner Ansicht nach hat der Landeshauptmann und eine Kolumne der OÖ Nachrichten ganz deutlich gemacht, dass es ein wirklich letzklassiges Spiel war, mit dem man ein Festival einstellt und dann allen anderen die Schuld gibt, weil die Finanzierung nicht gesichert ist.

Wenn ein jahrelanger Sponsor, wie die Firma Trodat, dann aussteigt, hat nicht das Land OÖ oder die Stadt Wels Schuld daran. Das wollte ich erwähnen, weil mich dieser Artikel doch sehr ärgerte, vermutlich viele andere auch.

GR. Josseck-Herdt: Für mich ist sehr schade, dass wir heute zum letzten Mal die Förderung für das Wagner Festival beschließen, nachdem wir 26 Jahre Freude damit hatten. Dieses Festival hat eigentlich nicht als Opernfestival begonnen, sondern es begann mit einem Gala-Konzert. Es entwickelte sich so gut, dass wir als Welser wirklich stolz sein können. Einfach gesagt: Künstlerisch wertvoll, werkgetreue Aufführungen, die immer seltener werden, die aber von den Opernliebhabern gewünscht und geschätzt werden. Heuer singt Herr Peter Seifert, ein anerkannter und einer der besten Wagner-Interpreten, Tannhäuser in Wels – darauf bin ich wahrlich stolz.

Den wirtschaftlichen Aspekt dürfen wir wirklich nicht außer Acht lassen. Viele ausländische Gäste, die nach Wels kamen, ließen gerne und viel Geld in Wels in den Gaststätten, in den Hotels und in unseren Geschäften. Das Geld nahmen wir gerne. Die Unternehmer waren froh, die Arbeitnehmer waren froh usw. Wenn jetzt die Intendantin ein wenig frustriert ist, wie man vielleicht nicht gerade in den letzten zwei Jahren mit ihr umging, denn wir haben es erst für die letzten zwei Jahre geschafft einen Vertrag mit ihr abzuschließen, ist verständlich. Vorher war sie immer auf den guten Willen des Gemeinderates bzw. der Kulturbeamten angewiesen. Das muss ich schon einmal sagen. Wenn ich denke, im Jahr 2012 waren gerade 16.000 Euro im Budget enthalten. Nur auf meine Anfrage, was denn das soll, verhandelte man neu. Es hat einen Initiativantrag der FPÖ bedurft, damit dieser Vertrag für 2014 und 2015 abgeschlossen wurde. Ich kann mir das nur so erklären, dass das Ganze sich bei ihr aufstaute und da sie jetzt auf niemanden mehr Rücksicht nehmen muss, hat sie sich vielleicht ein bisschen zu offenerzig gezeigt. Aber das kann man verschmerzen, wenn man sich an den Erfolg, an die Reputation, die dieses Festival letztlich lieferte, erinnert.

GR. LAbg. Dr. Csar: Das Wagner Festival war ein fixer Bestandteil der klassischen Kulturszene in Wels. Über mehrere Tage war Wels mit den Gästen belebt. Voriges und dieses Jahr führten wir erstmalig im Gemeinderat einen Beschluss herbei, dass eine Förderung über zwei Jahre mit einer höheren Summe gewährt wird.

Nun erklärte Frau Doppler als Intendantin, dass heuer zum letzten Mal das Wagner Festival in Wels stattfinden wird. Das ist schade und irgendwie für uns auch bedenklich, wenn eine kunstinteressierte Intendantin mit viel Engagement und mit viel eigenem Geld von Wels weggeht und dieses im Ausland organisiert.

Der ÖVP würde es gefallen, wenn die Möglichkeit bestünde, dieses Festival in Wels weiter aufführen lassen zu können und eine Unterstützung auszusprechen, damit es weitergeführt werden kann.

Frau Doppler erklärte, dass sie die nächsten zwei Jahre bereits im Ausland gebunden ist. Wir müssen uns überlegen, ob wir nicht zeitgerecht Gespräche mit ihr aufnehmen sollten, um zu sehen, ob es nicht möglich wäre, das Festival nach Wels zurückzubringen. Über die Aussagen von Frau Doppler ist die ÖVP nicht verärgert, ja wir verstehen sie sogar bis zu einem gewissen Grad, weil viel Eigenengagement und viel Eigengeld dahinter steckte. Es ist jetzt so wie es ist – es ist schade!

Vzbgm. Lehner: Dem Dank von Peter Csar möchte ich mich anschließen und den Adressatenkreis erweitern. Es sind die Gesellschafter der Firma Trodat, die jahrelang viele hundert tausend Euro in ein Festival in Wels investierten. Heute Vormittag fand die Pressekonferenz zum abgelaufenen Tourismusjahr statt. Dort hörte ich wie wichtig dieses Wagner Festival für die Tourismusbilanz ist. Wir hörten von den Händlern, dass diese immer sehr froh waren, wenn das Wagner Festival abgehalten wurde – es stiegen beträchtlich die Umsätze, es förderte die Umwegrentabilität. Daher ein großes Dankeschön an die Gesellschafter der Firma Trodat, aber auch persönlich an die Frau Doppler. Diese bewies in den letzten Jahren ihr großes Engagement für die Abhaltung des Wagner Festivals.

Wir brauchen eine große Bandbreite an Kunst und Kultur in unserer Stadt. Wir haben Platz für eine alternative Szene, wir haben genauso Platz für ein Wagner Festival. Ich schließe mich den Worten von Peter Csar an, wenn es uns gelingt das Wagner Festival wieder nach Wels zu holen, wäre das ein großer Erfolg.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir wiesen immer wieder darauf hin, dass wir grundsätzlich nichts gegen ein Wagner Festival haben, dass wir aber die Höhe der Subventionen in keiner Relation sehen zu den minimalen Subventionen, die andere Kulturschaffende erhalten. Deshalb sprachen wir uns immer wieder dagegen aus und werden dies auch heute tun. Im Zuge der Veröffentlichungen in der letzten Zeit noch mit einem wesentlich besseren Gewissen. Denn 80.000 Euro im Jahr zu kassieren und sich dann noch öffentlich über die geringe Subvention aufzuregen, ist schon eine Chuzpe sondergleichen.

Ebenfalls ist das Wagner Festival nächstes Jahr Geschichte. Damit haben wir 80.000 Euro zur Verfügung, die wir vielleicht auch für einen Sonntagsbus verwenden könnten.

Vzbgm. Dr. Rabl: Zuerst auch seitens der FPÖ ein Dank an Frau Doppler und an die Firma Trodat. Frau Doppler war die Seele des Festivals, die Firma Trodat und Frau Doppler stellten das Geld zur Verfügung, damit dieses überhaupt stattfinden konnte. Ich finde es schon ein bisschen kleinlich, wenn die Stadt Wels, die ohnehin nur einen Bruchteil der Kosten beitrug und mehrere hunderttausende Euro von anderer, dritter Seite kamen, dass man jetzt mit diesen Argumenten versucht das Festival im Nachhinein schlecht zu machen. Noch dazu, wenn man überlegt, dass es andere Kulturinstitutionen gibt, beispielsweise das Programm kino, welches von den GRÜNEN bespielt wird, die wesentlich höhere Subventionen bei geringerer Besucherzahlen im Verhältnis zur Anzahl der Vorstellungen erhält. Das muss ich jetzt schon sagen.

Das Wagner Festival war erfolgreich, sehr erfolgreich mit einem traditionellen Bühnenbild und mit Sängern, die in einer traditionellen und sehr hochkarätigen Art und Weise diese Stücke darbrachten. 26 Jahre lang war dieses Festival in Wels erfolgreich, es gab tausende Besucher, es brachte tausende Nächtigungen. Es war nur ein minimaler Beitrag, den hier die Stadt Wels leistete, um dieses Wagner Festival in Wels zu ermöglichen.

Die Intendantin war zu Recht ein wenig verärgert über die Stadt. Wenn man ständig nur als Bittsteller kommt, nicht weiß was die Zukunft bringt, keine Planungssicherheit hat, obwohl jeder weiß, dass dieses Festival zwei Jahre Planung erfordert, ist man irgendwann einmal verärgert, noch dazu wenn man hunderttausende Euro an eigenem Geld in eine solche Veranstaltung investiert. Ich weiß nicht, wer sich das sonst hätte gefallen lassen, insofern kann ich Frau Doppler verstehen. Ich halte es für nicht zielführend und

nicht angemessen hier im Nachhinein die Frau Doppler zu verurteilen oder in irgendeiner Weise schlecht zu machen. Das ist nicht der richtige Weg. Sie brachte der Stadt Wels viel ein, sie positionierte die Stadt Wels in eine Richtung, die uns alle nur Recht sein kann, nämlich in eine positive Richtung. Sie nahm sehr viel eigenes Geld dafür in die Hand und hat sich selbst einen Traum damit erfüllt. Man sollte daher aus meiner Sicht durchaus eine Initiative starten, um zu versuchen dieses Wagner Festival ab dem Jahr 2017 wieder nach Wels zu bekommen. Ein derartiges kulturelles Highlight einfach so ziehen zu lassen ohne entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen, halte ich für fahrlässig. Deshalb bin ich froh, dass es dieses Jahr noch in Wels stattfinden wird. Es wäre eine Aufgabe dieses Festival dauerhaft für Wels zu sichern. Wir haben kein anderes derart erfolgreiches Festival in Wels, das wir „so günstig“ bekamen.

StR. Zaunmüller: Beginnen möchte ich mit den Anträgen betreffend Abendbus und Sonntags- bzw. Feiertagsbus, in deren Begründung u.a. steht „...auch weil Wels besonders in den letzten beiden Jahren ein großartiges Kunst- und Kulturangebot geschaffen, ausgebaut und zur Verfügung gestellt hat, brauchen wir diese Busse.“ Ich danke allen KollegInnen, die daran mitwirkten – Wels hat ein fantastisches Kunst- und Kulturangebot. Wenn wir vielleicht manchmal mit einer gewissen Identität ringen, da bin ich mit dem Herrn Bürgermeister nicht ganz einer Meinung, so glaube ich, Wels ist wahrscheinlich keine Einkaufsstadt mehr, wie wir es vor einigen Jahrzehnten waren. Wels ist vielleicht auch noch nicht ganz Energiehauptstadt. Wels ist ganz bestimmt zu einem großen Ausmaß eine Schulstadt mit 16.000 SchülerInnen, mit einem Schulangebot, das mit Ausnahme einer Hochschule (Universität) alles anbietet. Eines, meine Damen und Herren, sage ich sehr überzeugt: Wels ist ganz bestimmt eine Kulturstadt. Sie alle, die das unterstützt haben, haben an diesem Ruf sehr erfolgreich mitgearbeitet.

Es täte mir leid, ganz egal welche hochwertige und hochkarätige Veranstaltung aus Wels wegzieht, ich sage das völlig wertneutral, wenn bei der Alternativkultur eine hochwertige Veranstaltung nicht mehr in Wels stattfinden würde, beispielsweise die YOUKI. Sie können jedes andere Beispiel aber auch nehmen. 2016 verlässt das Wagner Festival die Stadt Wels. Verständnis habe ich dafür – die Intendantin hat mir die wirtschaftliche Situation skizziert, es war seitens der Intendanz nicht mehr möglich aber auch von Seiten der Stadt diese Subventionen und Ausgaben in dieser Höhe zuzuerkennen, wie diese notwendig gewesen wären, um dieses Festival, diesen Veranstaltungsreigen weiterzuführen.

Den Verantwortlichen des RWF darf ich für 26 Jahre, wo Wels international in den Mittelpunkt einer Veranstaltung gestellt wurde, danken.

Der Antrag (Anlage 15) wird mit

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer, GR. Buttinger, GR. Lindlbauer, GR. Reindl-Schwaighofer, Vzbgm. Dr. Rabl und GR. Manfred Wiesinger sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

GR. Manfred Wiesinger und GR. Josseck Herdt verlassen um 18.42 Uhr die Sitzung.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer

13.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Erklärung zur TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde;  
Forderungen an die Bundesregierung u.a.; Resolution  
DI-Verf-024-2015

GR. Reindl-Schwaighofer: Sie werden sich vielleicht denken, das Thema TTIP hatten wir bereits als Tagesordnungspunkt einer Gemeinderatsitzung, nachdem zum Thema TTIP nun auch die Themen CETA und TiSA dazukamen, in denen im Kern es um die gleichen Dinge geht, nämlich darum, dass Freihandelsabkommen diskutiert werden. Das ist grundsätzlich gut, aber der Grund dieses Antrages besteht darin, dass wir als Städte uns verwehren sollten, dass Dinge diskutiert werden, die auf die Kommunen eine gravierende Auswirkung haben, aber mit uns - mit niemand - nicht besprochen werden. Das sind Geheimabkommen. Da gibt es keinen Einblick in die Unterlagen. In verschiedenen Bereichen gibt es Diskussionen, wo zwar geredet wird, aber letztendlich die Öffentlichkeit und die Parlamente während des Verhandlungsprozesses unzureichend bis gar nicht informiert werden.

Hinweisen möchte ich auf das Freihandelsabkommen TiSA, bei dem es darum geht, dass Dienstleistungsangebote hineinverhandelt werden, mit denen es dazu kommen könnte, dass die Kommunen und Gemeinden bei Ausschreibungen von Dienstleistungen konfrontiert sind mit bestimmten Rechtsansprüchen, die multinationale oder internationale Konzerne in diesem Bereich haben.

Mit dieser Resolution wollen wir die Bundesregierung, die Abgeordneten des Nationalrates und das Europäische Parlament darauf hinweisen, dass wir mitentscheiden möchten. Ich ersuche sie diesen Antrag zu beschließen, damit wir unsere Verhandlungspartner auf Bundesebene und auf internationaler Ebene dementsprechend unterstützen.

StR. Raggl-Mühlberger verlässt um 18.52 Uhr die Sitzung.

GR. Mag. Parzmayr: Worum geht es bei diesem Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommen? Das ist sehr schwer zu beantworten, denn hier ist alles geheim. Es sagt einem niemand, was hier passieren soll und was verhandelt wird. Man weiß nur Verhandlungspartner seitens der Europäer wird die Europäische Kommission, auf Seiten der USA ein Entsandter des Handelsministeriums sein. Ein bisschen sonderbar ist es schon, dass auch die Vertreter der SPÖ im Europaparlament mehrheitlich für

die Aufnahme dieser Verhandlungen stimmten, die ÖVP stimmte geschlossen dafür, die FPÖ und die GRÜNEN waren dagegen.

Es gibt einige Bedenken dagegen. Es wurde bereits erwähnt, dass die Verhandlungen vielleicht ein wenig undemokratisch sind, schließlich sind alle Verhandlungsdokumente geheim, das Europäische Parlament wird lediglich informiert und ist zur Geheimhaltung verpflichtet. Nationale Parlamente sind nicht eingebunden und werden nicht einmal informiert. Wenn einmal alles ausgemacht ist, wird es vorgelegt, dann kann das Europäische Parlament zustimmen oder ablehnen. Die Nationalen Parlamente werden wahrscheinlich – das ist noch nicht ganz sicher, aber es ist so zu erwarten – nicht eingebunden.

Die Befürworter nennen das Ganze eine Initiative für Wachstum und Arbeitsplätze; die Gegner sehen das anders. Weil es eine tolle Initiative ist, rechtfertigt man damit auch die Geheimhaltung. Es soll nämlich das Ziel sein, eine negative Berichterstattung über das Abkommen in den Mitgliedsstaaten zu verhindern. Die Öffentlichkeit soll man ausschließlich positiv unterrichten. Die Kommission drückt dies so aus: Die Verhandlungen brauchen ein hohes Maß an Vertraulichkeit, wenn sie erfolgreich abgeschlossen werden sollen. So kann man es natürlich auch formulieren.

Ganz geheim blieb es jedoch dann doch nicht. Es formiert sich immer mehr Widerstand. Es gibt mittlerweile die Internetseite „stop-ttip.org“. Die SPÖ kennt diese Seite sehr gut, denn dort hat sie den Antrag wortwörtlich heruntergeladen. Aber gut, es geht um den Inhalt und nicht um die Urheberschaft. Die Freiheitlichen stehen diesem Abkommen sehr skeptisch gegenüber. Wir werden dem vorliegenden Antrag jedoch zustimmen.

Zum Abschluss möchte ich noch darauf hinweisen, wie die Europäische Union mit derartigen Bürgerinitiativen umgeht. Bereits im Sommer 2014 hat die EU-Kommission ein Bürgerbegehren abgewiesen. Es wollten rund 250 Gruppen und Parteien aus ganz Europa gegen diese Freihandelsabkommen vorgehen, aber eine Mitwirkung der Bürger sei nicht vorgesehen – so die Kommission. Es bleibt also abzuwarten, was mit dieser Resolution, sollte diese heute verabschiedet werden, passieren wird.

Vzbgm. Lehner: Als Wirtschaftsreferent der Stadt Wels bin ich über diese Wortmeldungen wirklich entsetzt. Gerhard Kroiß würde sagen, ich weise dies aufs Schärfste zurück. Es ist aber wirklich ernst. Wir reden über ein Freihandelsabkommen und freier Handel ist die Basis für Frieden in unserer Welt. Nicht nur die Basis für Frieden in unserer Welt, sondern auch die Basis für Wohlstand in unserer Welt.

Wenn wir uns auf Augenhöhe mit unseren Handelspartnern zusammensetzen, um hier Spielregeln zu definieren, die diesen Handel auch ganz klar mit Regeln versetzen soll, dann halte ich das für durchaus wichtig. Wir bekennen uns zur Europäischen Union und zu unseren Welser Betrieben, die im hohen Maße vom Export abhängig sind. Das Land OÖ hat sich auch – es wird immer wieder gesagt, es werden alle überrollt, wir haben nichts mizureden, unsere Standards sollen erhalten werden – bereits mit klaren Resolutionen dafür eingesetzt, dass wichtige Bereiche, wie Öffentlichkeit, Sicherheit, Transparenz zu gewährleisten sind.

Klar ist auch – das unterstütze ich zu 100 % - dass das Verhandlungsergebnis erst 2016 im Europäischen Parlament diskutiert wird. Das was jetzt passiert ist eine Kampagne, die aus Sorge und Angst um den einen oder anderen Arbeitsplatz im Bereich



der NGO's und nicht im Bereich der produzierenden Industrie durchgeführt wird. Diese Kampagne tritt gegen die Menschen und unsere Landwirte ein, die vom Export abhängig sind. Bestes Beispiel für mich ist folgendes: Meine Cousine lebt in Amerika. Die Amerikaner haben unglaubliche Angst vor unserem Käse, weil Rohmilchkäse unglaublich gefährlich ist und das TTIP nicht aus amerikanischer Sicht verhandelt werden kann, weil der Rohmilchkäse sozusagen die Amerikaner dann schädigen wird.

Wir brauchen keine Angstmache, keine Hetze. Wir wollen auf Augenhöhe verhandeln, um Handel, um Wettbewerb, um Produktion auch in Europa zu belassen. Wir reden von der Reindustrialisierung in Europa. Das was wir machen, indem wir solche Verhandlungen auf kommunaler Ebene abwürgen, ist erschreckend. Die kommunale Ebene ist jene, wo die Arbeitsplätze vorhanden sind. Das bringt uns in Zukunft viele Arbeitslose. Daher werden wir als ÖVP dieser Resolution nicht unsere Zustimmung erteilen. Wir werden uns der Stimme enthalten, weil wir klar der Meinung sind, dass die Verhandlungen nicht im Gemeinderat der Stadt Wels zu führen sind. Diese Verhandlungen werden vom Europaparlament geführt und natürlich auch auf nationaler Ebene von den gewählten Ministern.

Wir erfuhren heute bei den aktuellen Informationen des Herrn Bürgermeister bereits, was mit diesen Dingen, die wir im Gemeinderat beschließen, passiert. Wir bekommen Briefe zurück, wir sind nicht zuständig. Aber wir haben den WelserInnen irgendwie vorgegaukelt, dass wir hier irgendetwas mitentscheiden. Bekennen wir uns doch zur Wirtschaft, bekennen wir uns zu den Arbeitsplätzen und reden wir über die Dinge, für die wir zuständig sind und nicht über irgendetwas anderes.

GR. Mag. Mayerhofer: Die derzeit auf EU-Ebene verhandelten Freihandelsabkommen betreffen uns als Städte und Gemeinden. Deswegen halte ich es für wichtig, dieses Thema im Welser Gemeinderat zu diskutieren. Gerade die Verhandlungen zu TTIP zeigten, dass es wichtig ist seitens der Öffentlichkeit Druck zu machen. Druck, um Transparenz einzufordern, um mitreden zu können. Gerade bei TTIP ist es so, dass von der Kommission, die die Verhandlungen maßgeblich von Europäischer Seite führt, es zuerst hieß, nein wir können nichts veröffentlichen. Mittlerweile findet man auf der Seite der EU-Kommission einige der Verhandlungsdokumente, man kennt das Verhandlungsmandat und weiß, welche Dokumente zuletzt an die US-Verhandler übermittelt wurden. D.h. nur durch öffentlichen Druck war es möglich hier mehr Transparenz zu erlangen. Es könnte noch besser sein – jedoch wurde zumindest ein kleiner Schritt gemacht.

Die Erfahrung von anderen Freihandelsabkommen zeigte, dass es im Vorfeld solcher Abkommen immer die ganz großen Versprechungen gibt, wie Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze usw. Auch im Zuge dieser Freihandelsabkommen gibt es diese Versprechungen wieder. Die Realität zeigt aber die Nichteinhaltung dieser Versprechungen. Auch in Bezug auf TTIP gibt es bereits Stimmen, die ganz klar sagen, die versprochenen Wachstumsprognosen halten nie und nimmer.

Uns als Stadt trifft die Gleichbehandlung von nationalen und internationalen Anbietern. Gerade kürzlich hatten wir eine Ausschreibung, in der massiv kritisiert wurde, dass wir Regionalität nicht als Kriterium anwenden konnten. Das wird sich in Zukunft nicht ändern. Wir werden auch diese Resolution wieder unterstützen, da wir die Abkommen unter den bisher bekannten Voraussetzungen sicherlich nicht unterstützen.

GR. Schönberger: TTIP, CETA und ähnliche Handelsabkommen bergen womöglich wirtschaftliches Wachstum in sich. Aber was sie sicherlich nicht in sich bergen, ist ein Anspruch auf demokratische Lösungen. Genau das ist hier zu verurteilen. Es werden mehr oder minder ganze Nationen in Geiselschaft genommen, wenn es um Verluste von Firmen geht, die sich hier niedergelassen haben. Es heißt, wir können nicht einmal auf nationaler Ebene mehr Gesetze nach unserem Gutdünken, nach dem Willen der Bevölkerung verabschieden, ohne nicht vor Gericht zu stehen.

Wir stehen nicht vor einem Europäischen Gerichtshof sondern wir stehen dezitiert vor einer Gerichtsbarkeit, die sich frei zusammensetzt. Wenn wir uns die Vorgänge in den letzten Jahren, speziell in den Banken und Finanzsektoren anschauen, welches von Amerika zu uns nach Europa überschwappte, muss ich ganz ehrlich sagen: Überall dort, wo die Demokratie nicht mehr gegeben ist und überall dort, wo speziell aus Amerika Lobbyisten das Sagen haben in Ländern, wo Lobbyisten heute noch bestimmen, dass Kleinkinder und Kleinstkinder Zugang zu Waffen haben, dann muss ich sagen, das wünsche ich mir für Europa wirklich nicht, dass hier Lobbyisten auf Wirtschaftsebene die Bevölkerung entmündigen.

Genau gegen diese Entmündigung stimmen wir in Wels ab. Wir vertreten hier über 60.000 Menschen, denen wir sagen müssen, dass wir morgen nichts mehr zu sagen haben, wenn es um unsere nationalen oder regionalen Anliegen geht, sobald sich hier ein Industriepartner aus Amerika niedergelassen hat, der auf der jetzt basierenden Grundlage der Gesetze etwas errichtet und wir keine Änderungen mehr durchführen können, ohne dass es zu nachhaltigem Schaden für die Bevölkerung regional und international kommt. Das gibt es hier zu bedenken.

Ihr wisst vielleicht mehr als wie wir, weil ihr die Hauptverhandler in der EU habt. Wir wissen dezidiert nur die paar Dinge, die zu uns durchdringen und darum glaube ich, dass wir hier den Schutz für die Menschen erreichen müssen. Als Politik muss man soweit vorausschauen, dass man letzten Endes auch einmal den Mumm hat als Welser ÖVP gegen die Bundeskollegen zu stimmen.

GR. Haböck: Als Europagemeinderat, der seine ehrenamtliche Aufgabe ernst nimmt, habe ich es mir erlaubt die anderen Fraktionen zu informieren und habe aus dem Internet das Verhandlungsmandat der Europäischen Union ausgedruckt. Sie werden sich jetzt fragen warum ich das Verhandlungsmandat habe? Wenn ich auf die Homepage der EU-Kommission blicke, sehe ich eigentlich alle Dokumente. Ich weiß wann die Verhandlungen stattfinden, welche Dokumente, welche Punkte verhandelt werden usw.

Das Verhandlungsmandat vom Sommer 2013 an das Europäische Parlament und an die Europäische Kommission wurde von wem erteilt? Von der Kommission selber oder wer hat es befohlen? Es war ein einstimmiger Beschluss aller 28 Mitgliedsstaaten. In Österreich betrifft dies den Regierungschef und SPÖ-Parteivorsitzenden und die zuständigen Minister. Wenn Interesse besteht, besitze ich noch ein paar Ausdrucke. Hier können sie den Inhalt des Mandates nachlesen. Ob sie dafür oder dagegen sind, ist eine andere Sache, aber ich bin gerne bereit ihnen diese Informationen zu beschaffen, die die anderen Parteien anscheinend nicht aus dem Internet herunterladen können.

Dass es geheim ist, ist natürlich unwahr. Ich finde es amüsant, das gerade in der aktuellen Diskussion rund um das Welldorado die Welser Parteien jetzt Transparenz einfordern, wo ich leider als stellvertretender Vorsitzender des Kontrollausschusses vor kur-

zem eine Aussendung tätigte, mit der ich meinem Ärger Luft machte, dass die Transparenz und Informationspolitik seitens des Rathauses in einer Causa, die die Stadt Wels, die Welser BürgerInnen und die Welser Steuerzahler aber auch die MagistratsmitarbeiterInnen betrifft, null gegeben ist. Wenn sie auf die Homepage der Stadt Wels schauen, werden sie nichts dazu finden. Das ist die Transparenz, welche die SPÖ, die GRÜNEN und die FPÖ wollen.

Sie können für oder gegen den freien Handel sein, das ist in einer demokratischen Kultur jedem selbst überlassen, jeder kann pro und contra abwägen. Aber es ist schon interessant, dass gerade in Österreich, die bei der Transparenz und bei der Informationsfreiheit in Europa sehr weit zurückliegt, verglichen beispielsweise mit Schweden, die Institution der EU beim Punkt Transparenz angreift, wo ich auf allen Ebenen die meisten Informationen und die meisten Dokumente bekomme. Ich empfehle ihnen sich meinen Ausdruck anzusehen, der link ist ersichtlich und daher im Internet nachzulesen. Die Verhandlungen werden geführt vom Verhandlungsführer seitens der EU-Kommission, Kommissar für Handelsfragen, seitens des EU-Parlaments ist der Ausschuss für Internationalen Handel zuständig.

Dass natürlich nicht der Gemeinderat der Stadt Wels Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten ausverhandelt, ist völlig klar. Es gibt die dafür zuständigen Gremien. Seit 1995 ist Österreich Mitglied der EU und es gibt Angelegenheiten, die auf Ebene der EU geregelt werden.

Zuerst frage ich mich, was der Schwachsinn soll, dass eine Gemeinde aus internationalen Verträgen aussteigen soll? Wir können keine TTIP-freie Gemeinde sein, weil TTIP noch nicht existiert. Was die Kollegen der anderen Fraktionen verschwiegen haben ist, dass einzelne Sitzungsprotokolle auf den diversen Internetseiten nachzulesen sind. Ich garantiere ihnen, den nächsten Kontrollausschuss werden sie nicht im Internet verfolgen können. Den Internationalen Handelsausschuss im Europäischen Parlament, wo die Kommissionsbeamten Rede und Antwort stehen, können sie übersetzt auf alle Sprachen der EU im Internet mitverfolgen. Das ist Transparenz.

Der TTIP-Entwurf soll frühestens im Frühjahr 2016, also in über einem Jahr, abgearbeitet und von den zuständigen Gremien verhandelt werden. Im Frühjahr 2016 wird der Erstentwurf dem Europäischen Parlament vorgelegt. In diesem sitzen Vertreter der ÖVP, SPÖ, GRÜNEN und FPÖ, die können dann darüber abstimmen oder ihre Änderungsanträge einbringen. Das ist eine demokratische Kultur. Aber eineinhalb Jahre vor dem Erstentwurf aus etwas aussteigen wollen, das überhaupt noch nicht existiert, in einer Situation in Wels, in der es größere Probleme zu lösen sind, ist lustig. Wir sind gewählt und werden dafür bezahlt die Welser Probleme zu lösen. Ich vertraue schon, dass von allen Vertretern der anderen Parteien ihre Meinung und Interessen so gut wie möglich vertreten werden. Deswegen wäre es schön, wenn wir uns in Wels endlich einmal mit unseren Problemen beschäftigen und Transparenz schaffen würden. Die Vorgänge in Causa Welldorado sind skandalös.

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Haböck, bleiben sie bei der Sache!

GR. Haböck: Was glauben sie woher der Wohlstand in Österreich kommt? Glauben sie der kommt von den Politikern, die in diesem Gremium sitzen und irgendwelche Verordnungen beschließen? Glauben sie, der kommt von den UnternehmerInnen, die auf dem Weltmarkt tolle Produkte und Dienstleistungen anbieten? In den USA sind zurzeit 1500

österreichische Klein- und Mittelunternehmer engagiert. 66 % der österreichischen Wirtschaft lebt vom Export. Sprich 66 % der in Österreich beschäftigten Menschen sind in diesem Bereich abhängig, sei es direkt in den jeweiligen Firmen, oder über Zulieferbetriebe, Dienstleistungen usw. Hier zu sagen und den Kopf zu schütteln der freie Handel bringt uns nichts, ist ein Wahnsinn. Da sitzen einige hier herinnen, die selber in der Wirtschaft tätig sind. Hier zu sagen, wir können das ohne internationale Spielregeln regeln, wir können sagen, dieses Land ist so böse, das wollen wir nicht, wird es nicht spielen.

Es würde uns vielleicht auch nicht schaden einmal über die Stadtgrenzen von Wels hinauszuschauen, denn flächenmäßig ist Wels gar nicht so groß. Wirtschaftlich ist es sehr groß, weil Wels eine große Anzahl an Exportbetrieben hat. Aber sie können diesen Firmen gerne erklären, dass sie es nicht wollen, dass für diese Welser Betriebe, oberösterreichischen Betriebe, da reden wir nicht von großen Stahlkonzernen sondern von Klein- und Mittelunternehmen, die Zulieferbetriebe sind, dass sie gemeinsame Regeln gar nicht so gut finden. Denen werden Prügel vor die Füße geworfen, wenn sie hier mit nationalistischen Parolen Angst schüren wollen eineinhalb Jahre bevor der Entwurf überhaupt vorliegt. Wels ist dafür nicht zuständig. Wenn sie keine Informationen haben, fragen sie ihre eigenen Abgeordneten, den eigenen Parteivorsitzenden, solange er es noch ist. Wenn sie wirklich seriöse Informationen haben wollen, stehe ich ihnen gerne zur Verfügung.

GR. Prof. Mag. Teubl: WOW! Wenn Kollege Haböck zur Verteidigung des Neoliberalismus ansetzt, dann mache ich mir immer ein bisschen Sorgen, ob er eh nicht einen Herzinfarkt erleidet. Es gibt dazu schon noch etwas zu sagen. Der Großteil der ÖsterreicherInnen sagte in einer Umfrage, sie fühlen sich gut informiert über TTIP & Co. Ein Großteil der ÖsterreicherInnen ist gegen TTIP & Co., eben weil sie sich gut informiert fühlen, weil sie gut informiert sind und somit aus guten Gründen.

Wenn wir hier eine Resolution beschließen, die gegen diese Verträge auftritt, fühlen wir uns zumindest eins mit einem Großteil der Bevölkerung. Kollege Haböck sagte, es ist eine interessante Koalition, die sich hier bildete. Ich würde sagen, es ist interessant, dass die ÖVP dieser Koalition nicht angehört. Denn demokratische Kultur heißt nicht nur dass irgendwelche Politiker irgendwo etwas beschließen, sondern demokratische Kultur heißt auch, dass ein wenig auf die Meinung der Bevölkerung gehört wird und dass die außerparlamentarischen Bewegungen ernst genommen und von der Politik unterstützt werden, dort wo es notwendig ist. Das ist meines Erachtens notwendig. Eine solche Initiative ist die Initiative TTIP-freie Gemeinde.

Wir können uns nicht frei von einem Vertrag erklären, der noch gar nicht unterschrieben ist. Das ist richtig! Aber TTIP-freie Gemeinde heißt nichts anderes, als dass es eine Gemeinde ist, die sagt, wir wollen nicht, dass dieser Vertrag oder die beiden anderen Verträge in Kraft treten. Wenn es heißt, wir sollen uns endlich mit unseren Problemen beschäftigen, dann glaube ich hat Kollegin Mayerhofer sehr wohl erläutert, dass dies auch unsere Probleme sind oder zumindest sein werden, wenn diese Verträge in Kraft treten sollten. Deshalb beschlossen wir schon einmal diese Resolution und deshalb ist es gut und richtig, diese Initiative TTIP-freie Gemeinde zu unterstützen. Weil immer mehr TTIP-freie Gemeinden in ganz Österreich schließlich und endlich auch einmal unseren Vertretern im Europäischen Rat oder sonst wo die Augen öffnen werden und sie vielleicht dazu bringen werden, sich anzuschauen, was sie da wirklich beschließen. Das

ist nicht das Verhandlungsmandat, sondern das sind all die Dinge, die im geheimen diskutiert werden und die nur ganz langsam in die Öffentlichkeit gelangen.

Wirklich erschüttert war ich allerdings über die Wortmeldung von Peter Lehner, der quasi den Befürwortern dieses Antrags unterstellte, sie wären gegen den Weltfrieden. Also das ist eine wirklich interessante Aussage. Nicht nur, dass wir Schuld sind an den Arbeitslosen, wenn TTIP nicht kommt, sind wir jetzt auch noch am 3. Weltkrieg Schuld. Also das kann es doch bitte nicht sein! Ich glaube doch, dass der Frieden auch ohne TTIP & Co. gesichert ist und ich glaube auch, dass der Frieden in dieser Welt gesichert ist, wenn wir den Handel über die Ozeane hinweg nicht steigern bis zum Gehnichtmehr. Dass das nicht unbedingt ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist, wissen wir. Dass außerdem die Wachstumseffekte, die von den TTIP-Befürwortern genannt werden, längst widerlegt sind, ist auch eine Tatsache. Also wundere ich mich etwas über diese ungeheure Unterstützung, die diese Verträge seitens der ÖVP hier im Gemeinderat erfahren. Aber ich glaube, dass wir uns auf der richtigen Seite befinden, nämlich auf der Seite der Bevölkerung unserer Stadt und unseres Landes.

GR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Diskussion und sehr engagierte Wortmeldung des Kollegen Haböck. Es ist eine Resolution. Der erste Aspekt ist erfüllt, nämlich dass wir darüber reden. Der zweite Aspekt, nämlich wenn wir sinnerfassend lesen, werden wir sehen, dass die Resolution sich nicht grundsätzlich dagegen ausspricht, dass Freihandelszonen geschaffen werden, sondern dass intransparente Prozesse für die Kommunen und Gemeinden negative Auswirkungen haben und diese diskutiert und offengelegt werden müssen, damit wir wissen, was auf uns zukommt.

Die wichtigste Sache ist für mich, dass es darum geht Druck auszuüben und wer den Prozess der Diskussion dieser verschiedenen Freihandelsabkommen beobachtete, sah, dass der Druck der Öffentlichkeit, der Druck der Kommunen, der Druck mancher Länder dazu führte, dass mehr Informationen herausgegeben wurden. Es geht darum, dass Verhandlungsergebnisse nicht am Schluss bekanntgegeben werden können, sondern dass wir gemeinsam im Prozess wissen was auf uns zukommt und was verhandelt wird. Die Haltung mancher ist meiner Ansicht nach die Grundlage der EU-Skepsis. Nämlich das Europa der Bürger ist ein Europa der beteiligten Bürger und nicht der Bürger, die am Ende quasi „friss Vogel oder stirb“ informiert werden.

Danke für die Diskussion. Ich ersuche um Abstimmung.

Der Antrag (Anlage 16) wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 7 Stimmenthaltungen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer, GR. Kirchmayr, GR. Josseck-Herdt, GR. Manfred Wiesinger, GR. KR. Baumgartner und GR. Wartner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

GR. Mag. Brenner-Nerat verlässt um 18.56 Uhr die Sitzung.

Berichterstatter Gemeinderat Karl Schönberger

14.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Erarbeitung einer geeigneten Verkehrslösung für  
den Kreuzungsbereich Wallerer Straße / B 137  
DI-Verf-026-2015

GR. Schönberger: Bei diesem Initiativantrag geht es darum den Verkehrsreferenten aufzufordern für die Kreuzung Wallerer Straße / B 137 eine geeignete Verkehrslösung zu erarbeiten. Vor einigen Wochen oder Monaten beschlossen wir das Projekt Sonnenpark. Es ist ein Projekt, welches vielen WelserInnen ermöglicht ihren Lebensraum zu erfüllen.

Nicht umsonst habe ich beim damaligen Antrag Herrn Vzbgm. Lehner eingebunden mit der Verantwortung eine ordentliche Lösung für die dort wohnenden Menschen zu finden. Das Land OÖ muss in die Pflicht genommen werden. Es kann nicht sein, dass das Land OÖ sagt, nein wir tun in diesem Bereich nichts. Es geht nicht nur um die Häuser, die dort gebaut werden, um die darin wohnenden Erwachsenen und die Kinder, um den auftretenden Verkehr, sondern es geht vielmehr darum, dass während der Bautätigkeit viele Baufahrzeuge den Verkehr vermehren.

Es muss unbedingt eine Verkehrslösung gefunden werden, deshalb setzen wir eine Frist für die Ausarbeitung derselben. Wir akzeptieren kein Nein seitens des Landes Oberösterreich. Es ist Aufgabe der Politik dies dem Land zu vermitteln. Hätten wir die WelserInnen gefragt, ob wir die Innenstadt neu pflastern sollen, hätten nicht 50.000 Personen ja gesagt. Es war der politische Wille die Innenstadt zu attraktivieren. Wenn wir heute sagen es ist unser politischer Wille in der Neustadt ein Verkehrskonzept zu haben, müssen wir diesen politischen Willen heute fassen. Der zuständige Verkehrsreferent muss ein dementsprechendes Verkehrskonzept mit seinen Beamten ausarbeiten. Ich ersuche um Zustimmung.

Bgm. Dr. Koits: Ergänzend darf ich anführen, es gibt seitens der GRÜNE-Fraktion einen Abänderungsantrag, der wie folgt lautet: Der Text „unter Beteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger“ ist im Antragstext nach „Kreuzung Wallerer Straße / B 137“ einzufügen. Bitte diesen in die Diskussion miteinzubeziehen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Als GRÜNE-Fraktion haben wir das Projekt Sonnenpark abgelehnt. Aus vielen guten Gründen, wie ich glaube. Eine dieser Gründe war die fehlende Verkehrslösung für dieses Projekt. Nun wird es offenbar. Aber es hätte eigentlich schon früher jedem klar sein müssen, dass vor allem die Kreuzung zwischen Wallerer Straße und B 137 nicht mehr Verkehr verträgt. Es ist ein Nadelöhr schon jetzt und es wird bei einer weiteren Verkehrsbelastung – von einer solchen müssen wir eindeutig ausgehen, wenn wir dort mindestens 60 Häuser und damit ca. 1000 Fahrten pro Tag produzieren – zu einer Verkehrsmisere führen.

Die Wallerer Straße wird jetzt schon von vielen benutzt, die eigentlich gut und gerne in einem höherrangigen Straßennetz unterwegs sein könnten, sprich als Schleichweg bei der Einfahrt nach Wels frühmorgens ein Stau, abbiegen nach rechts, durch die Wallerer

Straße hindurch, das meist auch noch mit überhöhter Geschwindigkeit. Das kann jeder beobachten, der einmal zu dieser Zeit diese Straßenzüge benützt. Die Mehrzahl dieser Fahrzeuge stammt aus den umliegenden Bezirken. Es wird hier eine Einfahrtsstraße benutzt, die eigentlich keine sein sollte. Daher glaube ich, dass diese Verkehrslösung auch u.a. ein Einfahrtsverbot, mit Ausnahme der AnrainerInnen, beinhalten sollte, weil die B 137 als hochrangige Straße gedacht ist und nicht dieses schmale Gässchen, welches auch noch kurvenreich ist und über weite Teile keinen Gehsteig aufweist, was für Fußgänger geradezu lebensgefährlich ist, wenn die Kolonnen in der Früh hier hereinziehen.

Dass man hier wieder einmal eine Verkehrslösung im Nachhinein beschließen will, nachdem die Katastrophe bereits ausgelöst wurde durch einen anderen gefassten Beschluss, empfinde ich durchaus als typisch. Dass man jetzt eine Lösung suchen soll, ist ganz klar und wir GRÜNEN meinen, wir sollen eine Lösung suchen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere denen, die dort wohnen, aber auch allen anderen Interessierten, dass also BürgerInnenbeteiligung ein Muss sein muss, wenn man in diese Richtung weiterdenken will.

Generell muss man aber sagen, dass es vielleicht an der Zeit wäre auch in Wels so etwas wie Verkehrsplanung stattfinden zu lassen. Wir verabschieden demnächst ein neues Örtliches Entwicklungskonzept. Dort gibt es auch einen Teil, der sich mit dem Verkehr beschäftigt, allerdings geht es hier auch nur um das höherrangige Straßennetz. Eine tatsächliche Verkehrsplanung, ein Verkehrskonzept für die Stadt haben wir nach wie vor nicht. Das ist eigentlich, wie sich immer wieder zeigt, ein großer Nachteil für die Planungsüberlegungen. Deshalb wäre es eine Überlegung wert, in der nächsten Legislaturperiode vielleicht einmal ein solches umfassendes Verkehrskonzept in Auftrag zu geben. Jetzt aber können wir nichts anderes tun als diesem Antrag zuzustimmen und ich bitte um die Zustimmung zu unserem Abänderungsantrag.

StR. Kroiß: Schon lange vor der Beschlussfassung, was die neue Sonnenparksiedlung bei der Wallerer Straße betrifft, gab es Überlegungen die Kreuzung B 137 / Wallerer Straße zu entschärfen und eine Kreuzungslösung zu suchen. Auf der B 137 fahren rund 20.000 Fahrzeuge täglich. Im Vergleich dazu fahren auf der Wallerer Straße rund 2.000 Fahrzeuge im oberen Abschnitt. Diese Zahlen sind seit 2006 annähernd gleich. Natürlich, das wissen wir, ist es zu den Spitzenzeiten wirklich schwierig von der Wallerer Straße, speziell links abbiegend, auf die B 137 einzufahren. Deshalb haben wir schon lange Lösungen erarbeitet und mit dem Land Oberösterreich diese Lösungen diskutiert. Wir brauchen das Land Oberösterreich, weil die B 137 eine Landesstraße ist und ohne der Zustimmung des Landes haben wir keine Chance. Die erste, dem Land Oberösterreich vorgeschlagene Lösung war eine Verkehrslichtsignalanlage. Diese Variante wurde vom Land Oberösterreich abgelehnt, weil eine Adaptierung der B 137 weit über den Kreuzungsbereich hinaus als nicht vertretbar eingestuft und abgelehnt wurde. In weiterer Folge planten wir einen Kreisverkehr, haben diese Alternative dem Land Oberösterreich übermittelt. Auch diese Variante wurde aufgrund verkehrssicherheitstechnischer Aspekte abgelehnt. Diese Pläne und Stellungnahmen wurden bereits 2011 übermittelt. Natürlich haben wir weiterverhandelt. Der nächste Anlauf fand 2014 statt, wo ebenfalls wieder beide Varianten überprüft und abgelehnt wurden. U.a. mit der Begründung, dass aufgrund der geringen Verkehrsmenge aus dem Sekundärnetz beiden Varianten nicht zugestimmt werden kann.

Wir sind jetzt noch bei der Überprüfung eines Radarstandortes, wo wir eine stationäre Radarkabine im Bereich der B 137 anbringen lassen wollen, damit hier die Geschwindigkeit eingehalten wird, wenngleich speziell in Höhe der Waldschänke sehr viel Radarmessungen durchgeführt werden und auch auf der Wallerer Straße in der 30 km/h-Zone. Das können sie bei der Polizei nachfragen. Es erfolgte diesbezüglich eine Information an den Herrn Bürgermeister, weil es diverse Anfragen gab.

Im Dezember erhielten wir von Architekt Odorizzi eine Skizze über eine mögliche Kreuzungslösung, welche wirklich nachvollziehbar wäre. Darin ging es um eine Überführung der Wallerer Straße mit einer gleichzeitigen Absenkung der B 137, was natürlich die beste Lösung wäre. Auch hier wurde seitens der Fachabteilungen ein Plan ausgearbeitet und dieser Plan dem Land Oberösterreich übermittelt. Die Kosten für diese Lösung betragen rund 5 Mio. Euro. Derzeit hat das Land dafür kein Budget vorgesehen. Dieser Plan wurde dem Verkehrsausschuss im Dezember 2014 präsentiert. Karl Schönberger, es war auch keine Fraktion bei diesem Ausschuss dabei. Man kam zum Schluss, dass derzeit diese großzügige Lösung nicht notwendig sei. Eine Ampel oder ein Radargerät brächten derzeit Vorteile, mittelfristig ist jedoch eine Lösung zu suchen.

D.h., meine sehr geehrten Damen und Herren, wir suchen hier natürlich Lösungen. Dem Land OÖ wurden Lösungen präsentiert. Eines muss man sich als Bewohner der Wallerer Straße, speziell des Nordteils, auch klar sein: Wenn es hier zu einer Ampel- oder Kreisverkehrslösung kommt - natürlich bedeuten diese 60 Häuser mehr Verkehrsfrequenz für sie - wird diese Kreuzung noch schöner zu passieren sein und es besteht die Gefahr, dass dieser Umwegverkehr nochmals mehr wird. D.h. sie als Anrainer hätten zwar eine bessere Ausfahrt auf die B 137, aber es besteht hier die Möglichkeit, dass mehr Durchzugsverkehr angezogen wird. Letztendlich ist es eine Entscheidung des Landes OÖ, weil die B 137 in den Zuständigkeitsbereich des Landes fällt. Wir stehen mit dem Land ständig in Verhandlung, um hier eine wirklich gute Lösung zu erzielen. Wir werden uns daher bei diesem Antrag der Stimmen enthalten, weil all diese Lösungen schon im Laufen sind.

GR. Pernkopf: Wenn man sich die Aussagen des Verkehrsreferenten anhört, gibt es eigentlich keine Lösung. Es geht kein Kreisverkehr, es geht keine Verampelung, es geht keine Unterflurtrasse mit Brücke – es geht offensichtlich gar nichts!

Es handelt sich um eine sehr gefährliche Kreuzung. Die Radarbox wird aufgestellt werden und die Geschwindigkeit wird abgesenkt. Dadurch wird es zu einem gewissen Teil zu einer Verbesserung der Sicherheit führen. Letztendlich ist dies sicher keine Lösung für die Verkehrssituation bei der Waldschänke.

Kollegen Schönberger gebe ich Recht, wenn er sagt, wir müssen jetzt etwas tun. Mit Vehemenz und Nachdruck muss der Verkehrsreferent beim Land OÖ auftreten. Ich glaube schon, wenn dort mehr Druck seitens der Stadt gespürt wird, ist eine vernünftige Lösung für alle Beteiligten zu finden. Das Problem ist der einfließende Verkehr nach Wels auf der Wallerer Straße, das gehört bei einer guten Lösung mitbedacht.

StR. Kroiß: Zur Richtigstellung, geschätzter Kollege Pernkopf: Ich sagte nicht, nichts machen zu können. Ich sagte, wir verhandeln mit dem Land Oberösterreich. Wir präsentierten dem Land bereits Lösungsmöglichkeiten. Wir sind nicht alleine entscheidungsbefugt – das ist das Thema.



GR. Mag. Mayerhofer: Im Abänderungsantrag forderten wir eine Einbeziehung der BürgerInnen. Wenn ich dem Verkehrsreferenten zuhöre, höre ich nur welche Möglichkeiten nicht gehen. Persönlich würde ich es für sehr wichtig halten, dass wir den dort wohnenden BürgerInnen den ExpertInnenstatus zugestehen, indem sie dort wirklich sehr viel Zeit verbringen. Dieses Wissen müssen wir als Stadt abrufen. Der Herr Bürgermeister und ich haben uns bereits einmal über die BürgerInnenräte in Vorarlberg unterhalten. Das würde sich hier nun als Modell ganz hervorragend eignen. Das sollten wir intensiv angehen.

GR. Schönberger: Danke für die angeregte Diskussion und für die Anerkennung des Problems. Es ist höchst an der Zeit eine Lösung zu finden. Es geht nicht darum hier irgendwen schuldig werden zu lassen. Es geht darum, dass wir nicht einfach sagen, das Land OÖ sagt nein und darum tun wir auch nichts mehr. Das ist einfach zu wenig, zudem dort die Baufortschritte in den nächsten Wochen und Monaten zügig vorangehen werden. Die dort Wohnenden haben sich eine Lösung verdient. Darum hoffe ich auf Zustimmung aller Fraktionen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 17) wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 9 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 18) wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 9 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Mag. Humer, GR. Josseck-Herdt und GR. Manfred Wiesinger sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Wenn ein Vorschlag vorliegt, werde ich den zuständigen Straßenbaureferenten des Landes OÖ, LHStv. Hiesl, kontaktieren. Wir werden ihm die Varianten vorlegen und mit entsprechendem Druck auch seitens der ÖVP-Fraktion darauf pochen, eine Lösung zu finden. Danke dem Berichterstatter für seine Ausführungen.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

15.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Einführung eines Semestertickets für Studierende der Fachhochschule Wels  
DI-Verf-030-2015

GR. Ganzert: Im gegenständlichen Antrag geht es um die Förderung von Studierenden in Wels. Konkret soll ein Semesterticket bei der Linie Wels eingeführt werden.

Wels ist eine der wenigen, wenn nicht sogar die einzige Studienstadt, die über kein Semesterticket für Studierende verfügt. In anderen Verkehrsbetrieben, beispielsweise in Wien, kostet das Ticket 75 Euro pro Semester. Aus dem Antrag geht hervor, dass sich sowohl die Bedingungen als auch die Kosten an anderen Studienorten orientieren sollen.

Es soll, um den bürokratischen Aufwand für die BezieherInnen möglichst gering zu halten, dieselbe Methode wie beim Umweltticket gewählt werden. Das bedeutet, dass die Studierenden direkt zur Linie Wels kommen, sich das Ticket mit dem begünstigten Fahrpreis kaufen und danach rechnet die Linie Wels mit der Stadt Wels periodisch ab. Ich denke es ist sehr wichtig, dass man den Studierenden unter die Arme greift, da es oft hohe finanzielle Herausforderungen gibt und wir ihnen im öffentlichen Nahverkehr nicht im Weg stehen sollten. Ich bitte um Diskussion und Beschlussfassung.

Bgm. Dr. Koits: Es gibt dazu einen Abänderungsantrag der ÖVP- und GRÜNEN-Fraktion, der wie folgt lautet:

Die Beifügung „der Fachhochschule Wels“ soll im ersten Satz des Antrages gestrichen werden, sodass dieser dann lautet: Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, mit dem Betreiber der Linie Wels bezüglich der Einführung eines Semestertickets für Studierende in Verbindung zu treten.

Bitte diesen Antrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

StR. Kroiß: Die Freiheitlichen werden diesem Antrag ebenfalls zustimmen. Sollen nur die in Wels wohnenden Studierenden diese Förderung bekommen? Das geht aus dem Antrag nicht hervor. In allen anderen Städten und Gemeinden ist es so, dass nur die mit Hauptwohnsitz gemeldeten Studenten gefördert werden. Ist dies in diesem Antrag so gemeint? Denn nur dann können wir diesem Antrag zustimmen. Wir sehen nicht ein, dass die Stadt Wels z. B. einem Linzer diese Förderung gewähren soll. Das sollte vielleicht noch präzisiert werden.

Es sollen nur die mit Hauptwohnsitz Wels gemeldeten Studierenden diese Förderung erhalten. Der Erwerb dieses Semesterticket sollte so unbürokratisch wie möglich gestaltet werden. Derzeit sind in Wels 1.500 Studierende an der Fachhochschule, davon wohnen rund 100 in Wels.

Wenn man bedenkt, dass derzeit die Monatskarte 43,70 Euro kostet, hat die Semesterkarte also einen Wert von 175 Euro, allerdings für fünf Monate. Würde die Stadt Wels 20 % Zuschuss leisten und vom Land OÖ erhalten wir auch 20 % Zuschuss, dann wür-

de das Semesterticket für fünf Monate 105 Euro kosten und für 10 Monate 210 Euro. Das Umweltticket kostet 250 Euro.

Es stellt sich mir die Frage, ob wir die Abwicklung über das Umweltticket gestalten, damit die Linie Wels keine Systemänderung wegen dieses Semestertickets durchführen muss. Vielleicht schaffen wir ein günstigeres Semesterticket für die Studierenden. Aber wir sind der Meinung es gehört durchaus geprüft, wenn es für mit Hauptwohnsitz in Wels Gemeldete zutreffen sollte.

GR. Ganzert: Natürlich sollen hier nur mit Hauptwohnsitz Wels gemeldete Studierende in den Genuss dieses Tickets kommen. Wir kennen dies bereits aus dem Antrag der SPÖ-Fraktion, dass wir Studierende fördern, die ihren Hauptwohnsitz in Wels behalten, jedoch in einer andern Stadt studieren und wir als Stadt Wels diesen Differenzbetrag refundieren. Also der Wille dieses Antrages ist klar, und zwar dass Studierende mit Hauptwohnsitz in Wels dieses Ticket beziehen sollen.

Zum Abänderungsantrag möchte ich sagen: Grundsätzlich sehe ich persönlich kein Problem darin. Ich bin mir nur nicht sicher, wie hoch der BezieherInnenkreis in diesem Fall aussehen wird. Ich stelle mir vor, dass, wenn jemand in Wien studiert, in Wels wohnt und in Wien sein 75 Euro-Ticket der Wiener Linien bezieht, sich dann auch noch ein Semesterticket in Wels nehmen würde, ist dies schon eher kompliziert. Ich möchte mich nicht dagegen verwehren. Jedem der studiert und der seinen Hauptwohnsitz in Wels hat, soll es frei stehen dieses auch beziehen zu können.

Bezüglich Umweltticket ist es mir wichtig, man macht es möglichst einfach für die BezieherInnen damit sich diese keine Monats- oder Halbjahreskarte kaufen, die Kosten dann wieder von der Stadt unter Mitnahme aller Unterlagen refundiert erhalten, sondern dass dies alles in einem One-and-Stop am Kaiser-Josef-Platz abgewickelt werden kann.

Ich habe bewusst die Preise etc. nicht vorweggenommen, da es im Gemeinderat einen eigenen Beschluss geben wird. Dieser sollte bis 1. Juli 2015 dem Gemeinderat vorliegen. Es ist dringend notwendig, da dies schon für das Wintersemester 2015/2016 gelten soll. Ich bedanke mich für die Zustimmung und ersuche um Beschlussfassung.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf darauf hinweisen, dass wir zunächst mit dem Linienbetreiber in Verhandlung treten werden. Wir werden sehen wie das Ergebnis sein wird.

Der Abänderungsantrag (Anlage 19) wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 20) wird

einstimmig angenommen.

Berichterstatterin Gemeinderätin Augustine Hacker

16.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend  
jährliche Überprüfung aller Welser Schutzwege  
DI-Verf-029-2015

GR. Hacker: Einleitend möchte ich die im vorliegenden Initiativantrag angeführten drei Punkte erläutern. Um mehr Sicherheit für alle in Wels lebenden Menschen gewährleisten zu können, bedarf es einer Herbeiführung einer jährlichen, immer im Frühjahr, wiederkehrenden Überprüfung aller Schutzwege in Wels.

Deshalb im Frühjahr, weil es für diese Arbeiten meines Erachtens der beste Zeitpunkt ist, um etwaige Schwachstellen systematisch abarbeiten zu können, damit wir in den Herbst- und Wintermonaten, in denen die Sichtverhältnisse schlechter werden und das Gefahrenpotenzial steigt, gerüstet sind. Wünschenswert wäre es auch eine maximale Schutzwegesicherung über die rechtlichen Vorgaben hinaus zu erreichen.

Unser Ziel muss sein nicht nur bei Schulen, Kindergärten, Altenheimen usw. sondern an allen Schutzwegen die optimale Sicherheit zu gewährleisten. Es genügt nicht die im Gesetz verankerte Minimalanforderung, denn es geht um Menschenleben und hier sollte die maximale Anforderung realisiert werden. Fakt ist, dass es in Wels eine Vielzahl an verblassten Zebrastreifen gibt. Ebenso stellen schlechte Markierungen, unzureichende Beleuchtung, zugeparkte Schutzwege und fehlende Hinweistafeln ein erhöhtes Sicherheitsrisiko dar. Die Sicherheit auf unseren Schutzwegen muss verbessert werden. Es besteht die Dringlichkeit der Umsetzung - jeder Schutzwegunfall ist einer zu viel. Genau deshalb sind im Vorfeld die der Sicherheit entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Dies ist sicher keine Frage der Zeit und schon gar nicht der Zuständigkeit. Wir als Politiker sind verpflichtet und gefordert für die Sicherheit unserer Bürger Sorge zu tragen. Ich ersuche um Zustimmung.

StR. Kroiß: Nicht nur jeder Schutzwegunfall ist zu viel, sondern jeder Unfall ist zu viel. Ich weiß nicht recht, was ich zu deinem Antrag sagen soll. Erstens sind deine Forderungen überzogen und zweitens entsprechen die Begründungen nicht immer den Tatsachen.

Im Stadtgebiet Wels befinden sich rund 150 Kreuzungen, das sind rund 450 Fußgängerübergänge, dazu noch 70 weitere Übergänge bei Bushaltestellen und Schulen. Seit 2010 legten wir 32 neue Schutzwege an - diese sind natürlich normgerecht errichtet worden. Ich wehre mich schon, wenn du behauptest, dass zahlreiche Schutzwege diese Schutzfunktion nicht erfüllen und hier nur nach rechtlichem Minimum vorgegangen wird. Gerade bei den Schutzwegen wird ein strenges Augenmaß vorgenommen und immer in Abstimmung der Landessachverständigen vorgegangen. Diese achten sehr genau auf die Einhaltung der Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen. Diese RVS habe ich natürlich bei mir. Darüber können wir später nochmals reden, damit du siehst wie genau die Vorschriften für Schutzwege sind. In diesen RVS ist genau festgehalten, wie eine Beleuchtung aussehen muss. Soweit ich weiß, werden diese RVS in ganz Österreich angewandt.

Leider konnte ich einige Wünsche der Bevölkerung zwecks Schutzwege deswegen nicht erfüllen, weil wir RSV-konform keinen Schutzweg anlegen hätten können. Wenn du jedoch der Meinung bist, wir sollten noch strengere Maßnahmen und noch strengere Regelungen betreffend Schutzwege beschließen, muss schon auch erklärt werden wie streng wir diese Maßstäbe auslegen sollen. Sollen die Sichtbezüge noch mehr vergrößern werden? Sollen bei allen Schutzwegen Aufpflasterungen durchgeführt werden oder wie sollen wir damit umgehen?

Die Schutzwege werden stichprobenweise überprüft. Gerade bei Anregungen aus der Bevölkerung oder auch der Gemeinderatskollegen versuchen wir schnell zu reagieren und, wenn möglich, diesen Mangel sofort auszubessern. Ich finde die Vorgehensweise wesentlich zielführender und effizienter als alle Schutzwege jährlich überprüfen zu lassen. Wenn ich daran denke, dass wir auch 2014 Schutzwege angelegt haben, verstehe ich nicht, warum wir diese heuer wieder überprüfen sollen?

Sollte der Gemeinderat jedoch der Meinung sein diese Überprüfung periodisch durchzuführen, dann werden wir dies natürlich machen. Jedoch ersuche ich nochmals um Abklärung des zweiten Punktes: „... infolge auf dieser Basis notwendige Instandsetzung und Verbesserungsarbeiten die über die laufenden Reparaturen und Ausbesserungsarbeiten hinaus gehen. ...“. Wir werden diesen Antrag jedenfalls ablehnen.

GR. Weidinger: Wir wollen mit diesem Antrag eine große Bewusstseinsbildung in den Gemeinderat tragen. Ich bin froh über den Antrag der Kollegin Hacker. Wir wissen natürlich alle, dass im Verkehrsreferat keine Fehler gemacht werden was die Errichtung von Schutzwegen betrifft, da klare Regeln einzuhalten sind.

Es geht uns bei diesem Antrag um die Wahrnehmung der Menschen, wenn sie einen Schutzweg queren. Fühlen sie sich auf Grund der verblassten Bodenmarkierungen, vielleicht auf Grund einer unglücklichen Parksituation, auf Grund der schlechten Sicht- oder Lichtverhältnisse nicht sicher? Mit diesem Antrag wollen wir aufzeigen, dass die Politiker schon eine gewisse Verantwortung haben.

Du sagtest, die Schutzwege werden zwar periodisch überprüft und begutachtet und bei diesen gibt es keine Probleme. Aber es gibt hunderte Querungshilfen oder Schutzwege, die zwar noch der Norm entsprechen, aber in der Ausstattung ein Upgrade benötigen würden. Ich glaube, das ist die Aussage dieses Antrages. Ich würde um Unterstützung ersuchen, da es kein großer Aufwand zu sein scheint, diese Schutzwege in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

StR. Kroiß: Wenn wir diesen Antrag so beschließen, prüfen wir jährlich alle Schutzwege - so lautet der Antragstext. Man kann nicht sagen, doch nicht so gemeint, aber wir sollten ein Zeichen setzen. Entweder alle oder wir machen es wie bisher.

Vzbgm. Dr. Rabl: Ich holte im Zusammenhang mit den Schutzwegen beim zuständigen Mitarbeiter des Magistrates eine Auskunft ein. Dieser teilte mir Folgendes mit: Es gibt 150 Kreuzungen, ca. 440 Fußgängerübergänge, ca. 70 davon im Bereich von Haltestellen und Schulen - diese werden jährlich bei Anbringung von Bodenmarkierungen auf Gemeindestraßen vorrangig erneuert und geprüft. Bei stark befahrenen Kreuzungen werden die Bodenmarkierungen mit Dauermarkierungen ausgeführt. Die Anbringung erfolgt durch eine Fachfirma und die Überprüfungen von Schutzwegen erfolgen stichprobenweise.

Aus meiner Sicht ist dies ausreichend. Wir wollen noch mehr und noch mehr einführen, obwohl wir die Mitarbeiter und das Geld dafür nicht haben. Ich kann mir nicht vorstellen, wie dies funktionieren soll. Wenn das Gesetz und die Regelungen bestimmte Prüfungsintervalle vorschreiben und diese von der Stadt Wels eingehalten werden, warum sollen wir noch weiter gehen? Es ist für mich nicht nachvollziehbar. Es gab diesbezüglich auch noch keine Vorkommnisse und Probleme. Schauen wir ob wir mit dem bereits Vorhandenen nicht das Auslangen finden können.

GR. Reindl-Schwaighofer: Nachdem es anscheinend einige Unklarheiten gibt und ich der Meinung bin, dass - wenn wir effizient vorgehen wollen - ein Prüfplan gemacht werden sollte, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrages an den zuständigen Ausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung des Initiativantrages an den zuständigen Verkehrs- und Straßenbauausschuss wird mit

16 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 17 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Josseck-Herdt und GR. Markus Wiesinger sind bei der Abstimmung zu diesem Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. LAbg. Dr. Csar: In erster Linie geht es hier um die Sicherheit der Bevölkerung und vor allem auch der Kinder, die den Schutzweg benützen. Wir sollten alles daran setzen die Sicherheit zu erhöhen. Ich ersuche sie einen einstimmigen Beschluss zu fassen, dass diese Überprüfungen stattfinden können. Wenn jemand überfahren wird, ist dies schmerzhaft nicht nur für die Person sondern für die Situation allgemein. Das darf nicht eintreten!

Wir müssen alle Vorsorgemaßnahmen treffen, damit solche Gefährdungssituationen nicht eintreten können. Dieser Antrag ist zu unterstützen, damit die Überprüfung stattfindet und wir alle Möglichkeiten für die Sicherheit am Schutzweg ausschöpfen. Gerade in der jetzigen Jahreszeit werden die Menschen, welche die Straße überqueren, durch die dunkle Kleidung spät oder gar nicht gesehen. Daher sollten wir die Schutzwege möglichst rasch überprüfen. Ich hoffe auf einen einstimmigen Beschluss

GR. Hacker: Vielen Dank für die positiven Wortmeldungen. Bedenklich sind für mich doch die Reaktionen bzw. die Wortmeldungen der FPÖ betreffend Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Angelegenheit. Es geht um die Sicherheit von uns allen. Offensichtlich sieht dies die FPÖ nicht so.

Der Initiativantrag (Anlage 21) wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und Grüne-Fraktion)  
gegen 9 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Brenner-Nerat, GR. Ganzert, GR. Josseck-Herdt und GR. Markus Wiesinger sind bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) betreffend Verleihung der Verdienstmedaille in Gold an Dr. Horst Sackmaier  
DI-Verf-034-2015

Bgm. Dr. Koits: Zu Beginn der Sitzung las ich den Antrag vor. Die Verdienstmedaille der Stadt Wels in Gold an Dr. Horst Sackmaier soll ihm einerseits aufgrund seines beruflichen Wirkens als Richter verliehen werden, andererseits um seinen Einsatz im Welser Kleingartenverein zu würdigen.

StR. Zaunmüller: Herrn Dr. Horst Sackmaier kenne ich seit über 30 Jahren. Ich habe diesen Antrag zwar nicht mitunterfertigt, trage ihn aber vollinhaltlich mit. Wir haben in seiner Person einen Welser, der nicht nur ein ausgezeichneter Jurist und ein fantastischer Richter war, sondern er ist auch ein Humanist aus voller Überzeugung. Er steht über seine berufliche Laufbahn hinaus dem Welser Kleingartenverein stets mit Rat und Tat zur Verfügung. Ich ersuche sie um große Unterstützung und um einstimmigen Beschluss ihm die Verdienstmedaille der Stadt Wels in Gold zu verleihen.

GR. Ganzert: Ich darf mich Herrn StR. Zaunmüller anschließen. Auch ich darf dir, lieber Horst, das Allerbeste wünschen, mich herzlich bei dir im Namen der SPÖ-Fraktion für dein großes, in deinem Leben geleistetes Engagement bedanken. Wie bereits erwähnt, warst du nicht nur ein ausgezeichneter Richter, sondern hast dich auch im Welser Kleingartenverein mit voller Hingabe um die Angelegenheiten gekümmert. Ich finde es gibt kaum einen Würdigeren für diese Medaille als dich. Vielen Dank für deinen starken Einsatz.

Vzbgm. Dr. Rabl: Auch ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um Herrn Dr. Sackmaier herzlich zu gratulieren und mich auch bei ihm zu bedanken. Nicht nur für die Tätigkeiten während seines aktiven Berufslebens, sondern auch für die Zeit danach im Kleingartenverein. Die Aufgaben im Welser Kleingartenverein sind natürlich nur ein kleiner Teil jener vielfältigen Aufgaben, die Herr Dr. Sackmaier übernahm.

Nur um ein Nebenbeispiel zu nennen, dass jedoch viel Arbeit verursacht: Er wartet und ordnet alle Entscheidungen des Rechtsmittelsenates freiwillig und kostenlos beim Landesgericht Wels. Sehr zum Dank und zur Anerkennung der dort beschäftigten Richter. Damit erleichtert er allen das Arbeiten. Und selbst das ist nur ein kleiner Teil der freiwilligen Arbeit, die in jeder Hinsicht verkörpert wird durch Dr. Sackmaier. Man sieht, nur durch diese Freiwilligenarbeit ist die Gesellschaft in der Lage solche Leistungen und einen solchen Service zur Verfügung zu stellen. Nochmals vielen Dank - sie haben es wirklich verdient!

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung, gratuliert Herrn Dr. Horst Sackmaier sehr herzlich zu dieser Auszeichnung und erklärt die Sitzung für beendet.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: